



# Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
27. Jahrgang | Nr. 1 / 2022

## Seniorenpolitik für MV

Neue Landesregierung hat viel vor

Rund 100 Tage ist die neue Landesregierung von SPD und Die Linke nunmehr im Amt. Eine Einarbeitungsfrist gab es nicht – die Bewältigung der Corona-Pandemie ließ das nicht zu. Gerade für mich als neue Gesundheitsministerin standen von einem auf den anderen Tag eine Fülle von neuen Aufgaben auf dem Programm. Oberste Priorität bei unseren Corona-Maßnahmen hatte und hat der Schutz der älteren und vorerkrankten Menschen in unserem Land. Ich glaube, das ist uns allen gemeinsam gut gelungen, durch Vorsicht, oft schmerzliche Kontakteinschränkungen und vor allem durch die Impfungen. Mein Dank geht an alle, die sich haben impfen lassen. Die Impfquote bei den über 60-jährigen ist dabei mit fast 90 Prozent besonders hoch und hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Anteil der schweren Krankheitsverläufe kontinuierlich deutlich gesunken ist.

Auch wenn uns Corona sicherlich noch einige Zeit beschäftigen wird, haben wir landespolitisch viel vor in den nächsten knapp fünf Jahren. Wir wollen, dass unser Land noch lebens- und liebenswerter wird, dass der soziale Zusammenhalt gestärkt wird und unsere intakte Natur erhalten bleibt. Als verantwortliche Ministerin lege ich einen besonderen Schwerpunkt



Ministerin Stefanie Drese Foto: Ecki Raff

im Bereich der Seniorenpolitik. Die ältere Generation hat unser Bundesland maßgeblich aufgebaut. Ältere Menschen sind für unsere Gesellschaft ein unverzichtbarer Bestandteil. Unser Ziel ist es, dass Seniorinnen und Senioren möglichst lang ein selbstbestimmtes Leben führen und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Dazu planen wir ganz konkret das Seniorenmitwirkungsgesetz zu überprüfen. Wie kann die aktive Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben noch besser gefördert werden? Wie

Fortsetzung auf Seite 3

### Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

im Zuge der Pandemie ist eine stetig wachsende Altersarmut zu verzeichnen. Auch die Reallöhne der arbeitenden Bevölkerung sind 2021 gesunken. Steigende Energie- und Heizkosten sowie steigende Lebensmittelpreise belasten zunehmend niedrige Einkommen, somit auch viele Rentner mit niedrigen Renten. So machen sich gestiegene Preise auch bei Betreuungsleistungen im betreuten Wohnen und in der Pflege bemerkbar.

Wegen fehlenden Personals und gestiegener Preise können die Betreuungsleistungen in der erforderlichen Qualität und Sicherheit mittel- und langfristig nicht mehr zu wirtschaftlich angemessenen Preisen angeboten werden, so das Kündigungsschreiben eines Betreibers einer Seniorenanlage in Potsdam an 111 ältere hilfebedürftiger Bewohner. Mit Wohnungen für Studierende lässt sich jedoch viel Geld machen, deshalb solle die Wohnanlage in ein privates Studierendenwohnheim umgewandelt werden.

Nun hat das Studierendenparlament der Universität Potsdam die Massenkündigung von Senioren in der Wohnanlage verurteilt. Die Umwandlung dieser Wohnanlage für Senioren in ein Wohnheim für Studierende kann nicht Teil der Lösung der Wohnungsnot der Studierenden sein, sondern es setzt den Trend fort, mit Studierendenwohnungen viel Geld zu erwirtschaften. Damit erklären sich die jungen Menschen nicht einverstanden.

Sieht so ein Generationenkonflikt aus? Nein, auch durch die Solidarität der Studierenden ist diese bedenkliche Entwicklung erst bekannt geworden. Unsere bisherigen Generationendialoge haben bereits gezeigt, dass wir nur gemeinsam gegen solche bedenklichen Entwicklungen vorgehen können. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.

Dazu wünschen wir allen Leserinnen und Lesern viel Erfolg und bleiben Sie vor allem gesund.

Bernd Rosenheinrich  
Vorsitzender des

Landesseniorenbeirats M-V e. V.

#### Aus dem Inhalt

Seite	3	<b>13. Deutscher Seniorentag</b>
Seite	19	<b>Senioren sicherheitsberater</b>
Seite	35	<b>Studie zur Qualität von Pflegeheimen</b>



# VITANAS EHRENAMT: **DANKE, DASS SIE DA SIND!**

Das Ehrenamt ist ein unbezahlbares soziales Engagement und in der Seniorenpflege nicht mehr wegzudenken. Freiwillige Helfer schenken den uns anvertrauten Seniorinnen und Senioren nicht nur Zeit, sondern auch mehr Lebensfreude. Dafür gebührt jedem einzelnen ein besonderer Dank.

Sabine Gabsch ist einer dieser Zeitschenker. Seit Januar 2009 hat sie das Ehrenamt in den Vitanas Senioren Centren Am Schlossgarten und Im Casino mit viel Leidenschaft aufgebaut. Ihr herzliches und zuverlässiges Wesen wird von allen sehr geschätzt. Ihr Engagement und ihre gute Organisationsfähigkeit hat aus vielen einzelnen Helfern eine starke Ehrenamtsgruppe mit inzwischen 26 Mitgliedern geformt. Dafür danken wir ihr von Herzen.

**SIE MÖCHTEN SICH EHRENAMTLICH ENGAGIEREN?  
MELDEN SIE SICH JEDERZEIT BEI UNS.**

**Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten**  
Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin  
☎ (0385) 51 19 - 0 | [vitanas.de/amschlossgarten](https://vitanas.de/amschlossgarten)

**Vitanas Senioren Centrum Im Casino**  
Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin  
☎ (0385) 575 66 - 0 | [vitanas.de/imcasino](https://vitanas.de/imcasino)

Fortsetzung von Seite 1

können wir den Landesseniorenbeirat noch wirkungsvoller einbeziehen? Das sind einige der Fragen, die wir zügig klären wollen.

Weitere wichtige seniorenpolitische Themen, mit denen wir uns in den nächsten Monaten und Jahren beschäftigen werden, sind die Förderung des Ehrenamtes mit einer Evaluierung der Ehrenamtskarte MV, die Förderung des möglichst langen und selbstbestimmten Lebens in der eigenen Häuslichkeit und die Förderung der kommunalen Ebene bei der Er-

stellung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte.

Für ganz wichtig erachte ich, älteren Menschen den Zugang zur digitalen Welt zu erleichtern und die Medienkompetenz gerade im Umgang mit dem Internet zu fördern. Auch das Thema Alter und Einsamkeit möchten wir in den Fokus rücken. Wir wollen einen Runden Tisch mit dem Ziel einrichten, ein landesweites Bündnis gegen Einsamkeit zu schaffen.

Sie sehen, es wird in den nächsten Jahren nicht langweilig. Das ist auch gut so. Ich freue mich besonders darüber, dass die Landesregierung nun

zügig die Mobilität für ältere Menschen verbessern wird. Das Seniorenticket in Mecklenburg-Vorpommern kommt (für 1 Euro pro Tag, 365 Euro im Jahr). Gemeinsam mit den Kreisen führen wir zudem ein landesweites Rufbusssystem ein, das besonders die Mobilität für ältere Menschen im ländlichen Raum verbessern wird.

Bleiben Sie gesund!  
Herzliche Grüße

*Ihre Stefanie Drese  
Ministerin für Soziales, Gesundheit  
und Sport*

## Wir. Alle. Zusammen.

### Auftaktveranstaltung zum 13. Deutschen Seniorentag in Hannover

Der 13. Deutsche Seniorentag unter dem Motto „Wir. Alle. Zusammen“ sollte vom 24. bis 26.11.2021 in Hannover durchgeführt werden. Vier Vertreter des Kreissenorenbeirats Mecklenburgische Seenplatte und des Seniorenbeirats Neubrandenburg hatten sich intensiv auf die vielfältigen Veranstaltungen und die bevorstehende Messe vorbereitet.

Leider wurde die Veranstaltung kurzfristig infolge der Pandemiebedingungen als Präsenzveranstaltung abgesagt. Durchgeführt wurde er aber trotzdem – als Online-Veranstaltung. Damit hatten alle Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit, die Auftaktveranstaltung und die 99 Online-Veranstaltungen, Referate, Vorträge und Gesprächsrunden mitzuerleben.

Auch wir machten davon Gebrauch und erlebten die Auftaktveranstaltung mit, live

übertragen aus dem Kuppelsaal des HCC (Hannover Congress Centrum). Eröffnet und musikalisch umrahmt wurde diese Veranstaltung durch das Belinfante-Quartet, Amsterdam. Als Moderatorin führte Christina von



*Franz Müntefering,  
Vorsitzender  
der BAGSO von  
2015 bis 2021*

*Foto: BAGSO/Sachs*



Saß vom Norddeutschen Rundfunk durch das Programm und übergab das Wort an den ersten Redner Franz Müntefering, Vorsitzender der BAG-

SO. „Wir sind zuversichtlich, dass wir auch mit dem geänderten Format einen lebendigen Austausch ermög-

lichen. Darauf freuen wir uns!“, sagte Müntefering zu Beginn der Eröffnungsfeier. „Was kann jede und jeder Einzelne dafür tun, gut alt zu werden? Und welche Rahmenbedingungen in den Kommunen und im Land sind

notwendig? Das sind zentrale Fragen auf dem Deutschen Seniorentag. Wir informieren, diskutieren und zeigen Lösungen auf – für ein aktives und gesundes Älterwerden, für ein Miteinander der Generationen, für eine gute Versorgung bei Hilfe und Pflegebedürftigkeit. Wir können etwas bewegen.“

Danach wurde Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier aus Berlin live zugeschaltet: „Älter werden ist ein Geschenk, welches wir unter anderem dem Fortschritt in der Medizin verdan-

*Fortsetzung auf Seite 4*

Fortsetzung von Seite 3

ken. Dieser Fortschritt hat das Leben im Alter verändert. Er hat aber auch unser Bild vom Alter verändert.“ Angesprochen wurde auch die Teilhabe. „Ich denke an die, die im Alter mit Armut zu kämpfen haben. Teilhabe, das ist für viele so kaum möglich. Ich denke an die, die an Krankheit und Einsamkeit leiden. Gerade die Einsamkeit ist eine der Schattenseiten einer alternden Gesellschaft, in der die Lebenswelten von jungen und alten Menschen sich immer weiter voneinander entfernen, so scheint es jedenfalls auf den ersten Blick. Schon diese wenigen Beispiele zeigen: Die Alten sind keine homogene Gruppe. Pointiert gesagt: *Die Alten* gibt es nicht! Das beginnt schon bei der Frage: Ab wann ist jemand eigentlich alt? Und fühlt man sich so alt, wie man ist, oder ist man so alt, wie man sich fühlt? Altersbilder unterliegen einem starken Wandel. Ich bin überzeugt, wir müssen das Alter und die Alten viel differenzierter betrachten. Wir müssen die Vielfalt des Alters sehen, um den Bedürfnissen und Wünschen der älteren Menschen gerecht werden zu können. Es gab und gibt ein ungeahntes Maß an Solidarität in dieser Zeit der Pandemie, gerade von Älteren.“ Dafür, und für die Verantwortung, die die Älteren auf sich genommen haben, dankte Frank-Walter Steinmeier den Älteren für ihr verantwortungsvolles Handeln. Mit Blick auf das Motto des 13. Deutschen Seniorentages „Wir. Alle. Zusammen“ führte er weiter aus: „Die wichtigste Lehre aus der Pandemie ist für mich, wie verletzlich wir als Menschen sind und wie sehr wir auf-

einander angewiesen sind. Wir können eine so tiefe Krise nur überwinden, wenn wir gemeinsam handeln. Ich bin und bleibe überzeugt: Wenn wir zusammenstehen, Starke und Schwache, Junge und Alte, dann sind wir ein starkes, ein solidarisches Land! Und so soll dieses Deutschland sein und bleiben!“



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Foto: Mitschnitt



Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil

Foto: BAGSO

Weitere Höhepunkte der Eröffnungsveranstaltung waren die Grußworte des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil, welcher die Unverzichtbarkeit des Engagements älterer Menschen besonders betonte. Danach sprachen Juliane Seiffert, Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sowie in einer Gesprächsrunde der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Belit Onay, und der Regionspräsident der Region Hannover Steffen Krach.

Die Gespräche wurden aufgelockert durch die in Deutschland bekannte Sandmalerin Svetlana Telbukh, die in ihren Sandbildern Ausschnitte aus dem Leben Hannovers darstellte.

Zum Abschluss des Seniorentages sagte Franz Müntefering: „Ältere Menschen haben viel Lebenserfahrung und es lohnt sich, Ihnen zuzuhören. Das hat dieser Deutsche Seniorentag gezeigt. Sie mischen sich ein, diskutieren mit und haben etwas zu den aktuellen Themen wie Klimaschutz, Gerechtigkeit und Vielfalt in unserer Gesellschaft zu sagen. Und sie haben viele Ideen, wie sich im Miteinander der Generationen ein gutes Leben gestalten lässt.“

Am zweiten Tag präsentierte der Seniorentag die „Hannoversche Erklärung“, in der es heißt, dass es gute Rahmenbedingungen brauche, damit sich Ältere gesellschaftlich einbringen können und gehört werden. „Den Kommunen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Sie müssen finanziell in die Lage versetzt werden, Angebote zu Begegnung und Engagement für alle zu fördern“, so Müntefering.

Als rein digitale Veranstaltung zeigte dieser besondere Seniorentag, wie wichtig es auch sein kann, mit den digitalen Medien umgehen zu können. Digitale Teilhabe ist gleichzeitig auch gesellschaftliche Teilhabe. Es wurde ebenfalls auf dem Seniorentag eine gemeinsame Erklärung zum DigitalPakt Alter abgegeben.

Viele Veranstaltungen sind auf YouTube erschienen und können dort angesehen werden.

Peter Lundershausen  
Vorsitzender des SBNB

# HANNOVERSCHE ERKLÄRUNG

## Wir. Alle. Zusammen.

### Erklärung der BAGSO und ihrer 125 Mitgliedsorganisationen zum 13. Deutschen Seniorentag 2021

Die Welt verändert sich. Die Menschheit steht vor enormen Herausforderungen. Pandemie, Klimawandel, kriegerische Auseinandersetzungen und gesellschaftliche Umbrüche verunsichern und ängstigen viele. Vertrautes verschwindet und alte Gewissheiten geraten ins Wanken. Lösungswege, die als erprobt galten, scheinen nicht mehr zu taugen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind gefordert, neue Lösungen zu entwickeln. Wir Älteren sehen uns in der Verantwortung, daran mitzuwirken.

#### Wir sehen es als Geschenk, in dieser Gesellschaft alt werden zu können

Wir Älteren haben im Laufe unseres Lebens vielfältige Erfahrungen machen können. Wir haben vieles gelingen und manches scheitern sehen und beurteilen die Welt heute aus den daraus gewonnenen Erkenntnissen und Einsichten. Trotz aller Widrigkeiten und Unzulänglichkeiten im Alter wissen wir: Es ist ein Geschenk, in dieser Gesellschaft alt werden zu können.

Während unseres Berufslebens haben wir dazu beigetragen, wissenschaftliche und technologische Erkenntnisse, Dienstleistungen und Produkte zu entwickeln, die noch lange Zeit zur Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens beitragen werden. In der Familien- und Sorgearbeit haben sich vor allem die Frauen in hohem Maße engagiert. Viele von uns geben ihr Wissen und Können auch im Alter weiter und beteiligen sich an der Ausbildung Jüngerer oder an der Erhaltung der kulturellen und sozialen Infrastruktur des

Landes. Auf unsere Lebensleistungen blicken wir mit Stolz.

Die Mehrheit unter uns Älteren erfreut sich eines Lebens in Freiheit und materieller Sicherheit. Wir leben länger als frühere Generationen und haben bessere Bedingungen, mit den Belastungen des Alters umzugehen als die Generation unserer Eltern und Großeltern. Viele von uns sind fit und aktiv, und zwar auch dann, wenn sie mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen leben müssen. Wir sind offen für Neues, nachdem wir die Verpflichtungen und Belastungen der Erwerbstätigkeit und Familienarbeit hinter uns lassen konnten. Ein gut entwickeltes Gesundheitswesen hilft uns, mit Erkrankungen und Einschränkungen umzugehen, unser Sozialstaat vermittelt Sicherheit und schützt die meisten von uns vor Armut und Not. Auch für Zeiten von Pflegebedürftigkeit und für die letzte Lebensphase gibt es Strukturen der Unterstützung, die allerdings dringend verbessert werden müssen.

#### Die meisten von uns führen ein selbstbestimmtes Leben

In der Coronakrise sind wir älteren Menschen pauschal zur „Risikogruppe“ erklärt worden, wodurch sich viele zu Recht diskriminiert fühlten. Wir sind dankbar für die notwendigen Anstrengungen zum Schutz der besonders Gefährdeten. Pflegekräfte mussten häufig bis weit über die Grenze des Zumutbaren arbeiten. Entscheidungen von Politik und Einrichtungsleitungen führten vielfach aber zu einer Überbehütung und dazu, dass die Grundrechte der Menschen in stationären Einrichtun-

gen erheblich eingeschränkt und zum Teil massiv verletzt wurden – bis zu dem Punkt, dass Menschen nicht voneinander Abschied nehmen konnten, als das Leben zu Ende ging. Dazu darf es nie wieder kommen.

Es trifft zu, dass mit der Zunahme der Zahl der Hochaltrigen der Bedarf an Hilfe und Schutz für uns ältere Menschen wächst. Doch die meisten von uns führen ein selbstbestimmtes Leben. Viele beteiligen sich aktiv am Alltag unserer Quartiere und Kommunen und bringen sich ehrenamtlich ein. Nicht wenige von uns übernehmen Pflegeaufgaben für Angehörige und Freunde, entlasten und unterstützen die Jüngeren in der eigenen Familie mit ihren Zeitressourcen, häufig auch materiell. Damit helfen wir nicht zuletzt den mittleren Generationen, ihre Aufgaben in der Arbeitswelt wahrnehmen zu können.

Die uns geschenkten Jahre verlängern auch die Zeit, in der wir für unsere Kinder, Enkel und oft auch Ur-enkel da sein können. Nie zuvor haben ältere und jüngere Menschen so lange miteinander leben können und Erfahrungen austauschen dürfen wie heute, nie zuvor war das Generationenverhältnis in den Familien so entspannt wie heute. Wir dürfen die Generationen unserer Kinder und Enkel aufwachsen sehen und erhoffen für sie ein gutes Leben.

#### Wir wollen zum Erhalt der Lebensgrundlagen und zu mehr Gerechtigkeit beitragen

Wir erkennen, dass die Lebens- und Wirtschaftsweise der letzten Jahrzehnte die Zukunft unseres Plane-

ten aufs Spiel setzt und, wenn wir nicht zügig handeln, kommenden Generationen Chancen für ein gutes Leben verbaut. Wir Menschen in den Industrieländern leben über unsere Verhältnisse. Darum teilen wir die Sorge vieler junger Menschen um den Klimawandel und unterstützen ihren Kampf um bessere und nachhaltigere Lebensformen und Generationengerechtigkeit. Unsere Demokratie bietet dafür Raum. Wir ermuntern die jüngere Generation ausdrücklich, ihren eigenen Weg zu suchen und zu finden. Weil Klimaschutz aber eine Aufgabe aller Generationen ist, die erfordert, alle Perspektiven einzubeziehen, wollen wir mit den jüngeren Generationen im Dialog bleiben und uns mit ihnen gemeinsam der Herausforderung stellen.

Wir wissen, dass die Lebenschancen auf der Welt ungleich verteilt sind und dass unser Wohlstand nicht länger zulasten der Menschen im globalen Süden gehen darf. Uns ist auch bewusst, dass die Folgen wie Ressourcenmangel, Hunger und Migration auch uns betreffen. Wir Älteren wollen mit unserem Verhalten zu einer gerechteren Welt beitragen. Wir stehen in der Verantwortung, unseren Kindern und jungen Menschen ein Verständnis für eine solidarische Weltgemeinschaft und ein Leben in Frieden und geteiltem Wohlstand zu hinterlassen.

Auch in Deutschland sind die Lebenschancen weiterhin ungleich verteilt. Vielen von uns geht es im Alter deutlich besser als der Generation unserer Eltern und Großeltern. Doch dies trifft nicht für alle zu. Für nicht wenige führen niedrige Löhne und unterbrochene Erwerbsbiografien später in die Altersarmut. Das trifft insbesondere Frauen, die den größten Teil der Familien- und Sorgearbeit übernehmen. Wir sehen zudem mit Sorge, dass die jüngeren Generationen in eine Arbeitswelt hineinwachsen, die eine verlässliche

Lebensplanung erschwert. Und wir sehen mit wachsendem Unbehagen, dass sich viele Menschen von Vernunft und seriöser Wissenschaft abwenden und dass Vorurteile, Hass und gesellschaftliche Spaltung zunehmen. Wir werden demgegenüber mit Zuversicht und gegenseitigem Vertrauen weiter an einer Gesellschaft arbeiten, die allen gleiche Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten einräumt, egal zu welcher Generation oder sozialen Gruppe sie gehören.

### **Mit unserem Engagement tragen wir zu einer solidarischen Gesellschaft bei**

Wir Älteren und Alten wollen unsere vielfältigen Erfahrungen in die Gestaltung einer nachhaltigen und lebenswerten Zukunft einbringen und unseren Beitrag zu einer lebendigen Zivilgesellschaft leisten. Schon heute engagieren sich viele von uns in einem hohen Maße ehrenamtlich, zum Beispiel in Lese- oder Ausbildungspatenschaften, in gemeinschaftlichen Wohnprojekten oder Nachbarschaftsinitiativen, in der Begleitung Hochbetagter, in der Übungsleitung im Sportverein, in der kommunalen Seniorenvertretung, in der Kulturvermittlung oder als Internetlotsinnen und -lotsen, in der Flüchtlingsarbeit, in Friedens- und Umweltgruppen oder bei den Tafeln. Ohne dieses ehrenamtliche Engagement müssten viele Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Kirchengemeinden und Initiativen ihre Arbeit einstellen. Wir genießen die Freiheit von den Verpflichtungen des mittleren Lebensalters und bringen uns gern mit unseren Fähigkeiten und unserer Erfahrung ein. Dieses Engagement ist ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit und zu einer solidarischen Gesellschaft. Die Kommunen sind der Ort, wo solche Teilhabestrukturen gefördert und koordiniert werden müssen.

Wir wissen, dass auch wir immer wieder dazulernen und unsere Kompetenz erweitern müssen, nicht nur für unser eigenes Leben im Alter, sondern auch zum Wohl der nachfolgenden Generationen. Das lebenslange Lernen befähigt uns zur Mitgestaltung der Zukunft.

### **Die Vielfalt in unserer Gesellschaft sehen wir als Bereicherung und Herausforderung**

Wir Älteren wollen unser Leben selbstbestimmt und nach unseren Vorstellungen gestalten. Wir möchten nicht in starre Rollen gepresst werden. Wir erleben die Lebensphase Alter unterschiedlich und erwarten sowohl Spielräume und Möglichkeiten zum Aktivsein als auch Rücksichtnahme, Unterstützung und Hilfe bei Einschränkungen.

Die Vielfalt der Gesellschaft spiegelt sich auch bei uns Älteren wider: Wir sind Menschen mit unterschiedlichen Lebensläufen, mit und ohne Migrationsgeschichte, Menschen mit und ohne Behinderung oder mit unterschiedlichen sexuellen Identitäten und Orientierungen, Menschen in prekären Lebenssituationen oder mit gesichertem Einkommen, Menschen mit verschiedenen Bildungsabschlüssen und Menschen mit oder ohne Unterstützungsbedarf. Wir wollen, dass niemand diskriminiert und vernachlässigt wird und dass Barrieren jeglicher Art abgebaut werden, damit Teilhabe für alle möglich ist.

Der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Die zunehmende Vielfalt, insbesondere die kulturelle, sehen wir als Bereicherung.

Aber Vielfalt ist auch eine Herausforderung: Eine Gesellschaft der Freiheit muss verschiedene Interessen untereinander ausgleichen, dazulernen, alte Gewohnheiten in Frage stellen und das Gemeinsame und

Verbindende suchen. Wir sehen uns Ältere in besonderer Verantwortung für den Erhalt der Demokratie.

**Unser Motto:**

**„Wir. Alle. Zusammen.“**

Eine Gesellschaft des langen Lebens ist keine Gesellschaft der Belastungen und Beeinträchtigungen, sondern eine Gesellschaft neuer Möglichkeiten und Chancen. Sie zu

nutzen ist ein Gebot der Stunde. Ob dies gelingt, hängt auch von uns älteren Menschen ab.

Schon heute praktizieren wir mit vielen Millionen Menschen, die sich in den Verbänden der BAGSO zusammengefunden haben, Toleranz und Verständnis, Offenheit, Solidarität und gegenseitige Unterstützung – nicht nur für unsere eigene Generation. Wir nutzen die „späte Freiheit“, um uns aktiv in die Gestaltung un-

serer Gesellschaft einzubringen. Wir tun dies aus eigenem Antrieb und erleben dabei, dass wir gebraucht werden.

Wir laden alle Generationen zum Mitmachen und gemeinsamen Gestalten ein:

**Wir. Alle. Zusammen.**

*Hannover, den 25.11.2021*

## Digitale Teilhabe ist gesellschaftliche Teilhabe

### Gemeinsame Erklärung der Partner des DigitalPakt Alter\*

Die digitale Teilhabe ist immer mehr Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und wird somit zu einem unverzichtbaren Teil der Daseinsvorsorge. Vielen älteren Menschen bietet die Digitalisierung die Chance, aktiver am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.



Die Partner des DigitalPakt Alter setzen sich gemeinsam für die Erreichung der folgenden Ziele ein:

1. Alle Menschen in Deutschland müssen unabhängig von ihren finanziellen Ressourcen, von ihrem Wohnort und ihrer Wohnform Zugang zu digitalen Medien und Alltagstechnologien haben.

2. Ältere Menschen müssen bei der Nutzung digitaler Medien entsprechend ihren körperlichen, geistigen und finanziellen Ressourcen unterstützt werden. Sie benötigen passgenaue Begleitung, um digitale Kompetenzen zu erwerben und auszubauen.

3. Anlaufstellen im eigenen Lebensumfeld und passende Bildungsangebote zur Vermittlung digitaler Kompetenzen spielen dabei eine entscheidende Rolle. Erfolgreiche Projekte sollten deshalb gestärkt und erweitert werden. Zudem gilt es, Assistenz- und Serviceleistungen dem

Bedarf entsprechend auszubauen und dauerhaft zu sichern.

4. Digitale Angebote müssen möglichst barrierefrei zugänglich sein. Die Standardisierung von Oberflächen wäre hierbei hilfreich. Nutzerfreundliche Lösungen müssen zielgruppenorientiert und partizipativ entwickelt und bekannt gemacht werden.

5. Datenschutz und IT-Sicherheit müssen soweit wie möglich bereits bei den Voreinstellungen berücksichtigt werden. Dies ist entscheidend, damit digitale Angebote vertrauensbildend auf alle Nutzerinnen und Nutzer wirken.

6. Analoge Dienstleistungen müssen so lange angeboten werden, bis es eine vollwertige Unterstützung für diejenigen gibt, die digitale Angebote nicht selbständig nutzen können.

Die Partner des DigitalPakt Alter werden gemeinsam dazu beitragen, bestehende Angebote miteinander zu vernetzen und für ältere Menschen besser bekannt und zugänglich zu machen.

*Hannover, den 25.11.2021*

**\* Die derzeitigen Partner des DigitalPakt Alter sind:**

- Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V. (BAGSO)
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (Bitkom)
- Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
- Deutsche Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie e.V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.
- Deutschland sicher im Netz e.V.
- Stiftung Digitale Chancen
- Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

## Zwischen den Monaten

### Ereignisse von November 2021 bis Februar 2022 in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

Vierzehntägig im alten Jahr und wöchentlich im neuen Jahr jeweils am Mittwoch nimmt der Vorsitzende an einer Videokonferenz der **Task Force Corona und Soziales** teil. Hier werden vom Sozialministerium die neuesten Entwicklungen bei den Corona-Zahlen und deren Auswirkungen vorgestellt. Gleichzeitig werden die neuesten Verordnungen und Festlegungen zum Umgang mit Corona im Land erläutert. Die Ergebnisse der Bund-Länder-Konferenzen werden ausgewertet und die Auswirkungen auf unser Land dargestellt.

\*

Am 23. November fand die Mitgliederversammlung der **Landesarmutskonferenz M-V** als Videokonferenz statt. Der Landessenorenbeirat war durch Dr. Georg Weckbach und Bernd Rosenheinrich vertreten. Benno Gierlich von der Caritas im Norden begrüßte die Teilnehmer und führte durch die Konferenz. In einer Vorstellungsrunde zeigten die Teilnehmer auf, was für Sie durch Corona das gravierendste Ereignis in Bezug auf Armut im Jahr 2021 war. Viele Mitglieder berichteten von der fehlenden Aufmerksamkeit für ihre Zielgruppe. Der Landessenorenbeirat regte an, den längst fälligen Armuts- und Reichtumsbericht für M-V bei der neuen Landesregierung für 2022 einzufordern. Am Tag der Armut am 17.10.2022, so die Planungen, sollte eine Fachtagung durchgeführt werden.

\*

Am 2.12.2021 nahm Brigitte Seifert teil an einer Videokonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zum **Klimaschutz**. Hier ging es um die Bedeutung des Klimaschutzes für die Gegenwart und Zukunft, die Verantwortung von Politik, Gesellschaft und jedes Einzelnen. Die Erkenntnisse fließen in den 3. Leitantrag zum XII. AP mit ein.

Im Dezember erfolgte die Verabschiedung des ehemaligen Vorstandsmitglieds **Siegfried Schwinn** durch den



Vorsitzenden und die Leiterin der Geschäftsstelle. Da er aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Herbsttagung teilnehmen konnte, wurde dies in der Geschäftsstelle nachgeholt. Siegfried Schwinn wurde für seinen Einsatz und die ehrenamtliche Arbeit im LSB gedankt und alles Gute für die Zukunft gewünscht.

\*

Am 3. Dezember letzten Jahres tagte die Strategieguppe III „Gesundes Alter(n)“ und informierte über den aktuellen Sachstand zur Verabschiedung des **Masterplans Gesundheitswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern 2030** durch die Landesregierung. Alle Kommentare und Rückmeldungen aus den Ministerien wurden in den Masterplan eingearbeitet. Die nächste Kuratoriumssitzung wird voraussichtlich im ersten Quartal 2022 stattfinden.

In der Sitzung soll der Masterplan der Ministerpräsidentin überreicht werden. Die Entwicklung eines Aktionsplanes für das Jahr 2022 zur Umsetzung des Masterplans Gesundheitswirtschaft MV 2030 im Gestaltungsfeld „Gesundes Alter(n)“.

Ziel für den Aktionsplan ist es, alle für das Umsetzungsmanagement notwendigen Akteure mit einzubinden. Gegebenenfalls können geeignete Akteure als weitere Experten in

die SG III eingeladen werden. Anfang 2022 ist ein Termin für ein Arbeitsgruppentreffen in einer Kleingruppe zur weiteren Erarbeitung des Aktionsplans vorgesehen.

Weitere Experten wurden und werden in die Arbeit der Strategieguppe künftig einbezogen.

\*

Das Organisationskomitee zum **XII. Altenparlament** tagte unter Leitung von Brigitte Seifert am 11.1.2022. Es wurden Stand und Inhalt der Entwürfe der Leitanträge beraten. Die einzelnen Arbeitsgruppen sind im regen Austausch, oft per Videokonferenz, zu den Inhalten und haben sich Experten dazu eingeladen. Die nächste Sitzung findet am 1.3.2022 statt.

\*

Am 10. Januar nahm Dr. Georg Weckbach teil an der **AG Landesstrategie des Landessportbunds**. In der Videokonferenz zur Vorbereitung weiterer Veranstaltungen für die Erstellung einer Landesstrategie wurden weitere Arbeitsgruppen und Termine festgelegt. Für die AG Senioren-Gesundheitsziele und Strategie sagte er seine Teilnahme zu.

Ebenfalls im Rahmen einer Video-Konferenz kam am 12. Januar die Landes-AG Gesundheit und Sport des Landessportbunds zusammen. Sie legte den Termin für die Landeskongress auf den 07.09.2022 nachmittags fest und begann mit der inhaltlichen Vorbereitung.

Am 13. Januar nahm Dr. Weckbach weiter teil an einem virtuellen Workshop „Bewegung für Ältere“, einem Projekt des Landessportbunds, in dem es um den Projektstand und weitere Vorhaben ging.

\*

Am 1. Februar wurde während der Arbeitsberatung **Monika Schmidt** verabschiedet. Aus persönlichen Gründen wird sie leider aus unserem Bun-

desland wegziehen. Auch ihr danken die Vorstandsmitglieder herzlich für ihr großes Engagement und be-

dauerten ihr Ausscheiden. Die Aufgaben im Pflegeausschuss werden nun Bernd Rosenheinrich und in dessen

Vertretung Brigitte Seifert wahrnehmen. Für ihre weiteren Aufgabenfelder suchen wir noch Nachfolger. ■

## Leben für den Sport

Am 8. Februar feierte Dr. Georg Weckbach seinen 80. Geburtstag, obwohl er locker als 60-Jähriger durchgehen würde. Geboren 1942 im rheinpfälzischen Hambach/Neustadt a.d. Weinstraße, wuchs er ab 1944 in Stralsund auf. Nach dem Abitur studierte er Mathematik an der Uni Greifswald. Zunächst im Bau- und Montage-Kombinat (BMK), dann am Stralsunder Krankenhaus baute er mit seinen Kollegen die EDV auf. 1984 promovierte er zum Dr. oec. an der Humboldt-Universität in Berlin und war an der Uni Greifswald tätig. 1990 wurde er Leiter der Geschäftsstelle der Deutschen Ärzte-Versicherung in M-V. Bis zur Rente arbeitete er als Sozialpädagoge im Haus der Wirtschaft Stralsund. Sport gehörte immer zu Weckbachs Leben: Laufen, Handball bis zur Bezirksliga, Volleyball im Freizeitsport und Fußball in der Kreisklasse und Tischtennis bis hin zur Teilnahme an der Senioren-Weltmeisterschaft 2006 und den Europameisterschaften der Senioren 2019 waren seine Stationen.



*Im Namen des Vorstands des LSB gratulieren Joachim Kießling (l.) und Bernd Rosenheinrich (r.) ihrem Vorstandskollegen Dr. Georg Weckbach zum runden Geburtstag.*

*Foto: ???*

Sein erstes Ehrenamt übernahm er 1967 im Fußball als Technischer Leiter bei Lok Stralsund. In der BSG Aufbau wurde ihm 1969 die Leitung übertragen, 1975 wurde er BSG-Leiter der BSG Medizin. Heute bekleidet Weckbach zahlreiche Ehrenämter, u.a. als Vorstandsmitglied für Seniorengesundheitssport im LSB M-V sowie als Mitglied der LAG Gesundheit und Sport des Landessportbunds, als 1. Vizeprä-

sident des Kreissportbundes Vorpommern-Rügen als Präsident des Tischtennis-Verbands M-V, als lizenziertes Übungsleiter Tischtennis und Gesundheitssport und natürlich als Vorsitzender des Seniorenbeirats Stralsund und Stellv. Vorsitzender des KSB Vorpommern-Rügen. Seinem Lebensmotto „Wer Sport treibt, gewinnt immer“ wird Georg „Schorsch“ Weckbach damit vollumfänglich gerecht! ■

## Nachruf

Wir trauern um unser ehemaliges Vorstandsmitglied

### Friedbert Grams

der im Alter von 79 Jahren verstorben ist.

Von 2005 bis 2009 war er ein hochgeachtetes und engagiertes Mitglied unseres Vorstandes. Als Delegierter nahm er 2007, 2009 und 2016 am Altenparlament unseres Landes aktiv teil.

Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten.  
Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Vorstand

## Neue Koordinatorin

Sylvia Grimm ist neue Staatssekretärin im Sozialministerium

Sylvia Grimm wurde am 14. Dezember 2021 zur neuen Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport ernannt. Sie übernimmt die Aufgabe von Dr. Antje Draheim, die ins Bundesgesundheitsministerium wechselt.

Sylvia Grimm wurde am 20. April 1974 in Rostock geboren. Nach ihrem Abitur in Ribnitz-Damgarten studierte sie Rechtswissenschaften an der Universität Rostock und legte erfolgreich ihre erste (1997) und zweite juristische Staatsprüfung (1999) ab. Nach Tätigkeiten in einer Anwaltskanzlei, in der Steuerverwaltung und in der Vertretung des Landes M-V beim Bund in Berlin wurde Grimm 2006 Referatsleiterin für Ko-



Sylvia Grimm

ordinierung der Bundes- und Europaangelegenheiten im Finanzministerium. Darauf folgte die Referatsleitung

in der Steuerabteilung und schließlich die Abteilungsleitung Steuern und Beteiligungen im Finanzministerium. Sylvia Grimm war zuletzt seit August 2019 Leiterin der Abteilung „Koordinierung der Landes- und Bundespolitik“ in der Staatskanzlei.

Sozial- und Gesundheitsministerin Stefanie Drese: „Sylvia Grimm ist eine erfahrene und kompetente Beamtin, die seit Jahren bundes- und landespolitische Inhalte koordiniert. Insbesondere bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie haben wir bereits ressortübergreifend gut zusammengearbeitet. Ihre fundierten Kenntnisse werden uns im Gesundheitsministerium daher von großem Nutzen sein.“ ■

## NAHBUS bietet Vergünstigungen

Weiteres Verkehrsunternehmen Partner der EhrenamtsKarte MV

Zum 1. Dezember 2021 ist die NAHBUS Nordwestmecklenburg GmbH Partner der EhrenamtsKarte MV. „Ich freue mich sehr darüber, dass die engagierten Karteninhaberinnen und -inhabern in einer weiteren Region vergünstigte Bus-Tickets erhalten können. Nach der Verkehrsgesellschaft Ludwigslust-Parchim kommt mit NAHBUS ein zweites Nahverkehrsunternehmen hinzu“, informiert Sozialministerin Stefanie Drese dazu in Schwerin.

Der Kreistag Nordwestmecklenburg hatte sich einstimmig für die Partnerschaft des Verkehrsbetriebes ausgesprochen. Für InhaberInnen einer Ehrenamtskarte beinhaltet die NAHBUS-Partnerschaft einen Preisvorteil beim Fahrkartenkauf im Bus. Bei Vorlage ihrer Ehrenamtskarte können sie sowohl Einzelfahrscheine als auch Hin- und Rückfahrtickets zum ermäßigten Preis kaufen.

Darüber hinaus werden vom Unternehmen auf insgesamt drei Bussen Werbeflächen für die EhrenamtsKarte MV zur Verfügung gestellt.

Mit der EhrenamtsKarte MV erhalten Berechtigte Rabatte oder besondere Leistungen bei teilnehmenden Unternehmen, Freizeitstätten, Einrichtungen, Institutionen und Vereinen. Über 230 Partner mit fast 600 Angeboten verzeichnet das Gemeinschaftsprojekt des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Sport, der Ehrenamtsstiftung MV und der acht vom Land geförderten MitMachZentralen (MMZ) in allen sechs Landkreisen sowie in Rostock und Schwerin. Insgesamt 4.411 besonders ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Mecklenburg-Vorpommern haben die EhrenamtsKarte MV bis Ende November erhalten. ■



# Antidiskriminierungsberatung in M-V

## Eckpunkte für eine gelingende Unterstützungsstruktur

Mehr als jeder dritte in Deutschland lebende Mensch musste in einem Zeitraum von zwei Jahren mindestens einmal Diskriminierung erleben. Das ist das erschreckende Ergebnis einer repräsentativen Erhebung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Die Verletzungen, die Verzweiflung und andere Empfindungen, die solche Erfahrungen hervorrufen können, vermag die Zahl jedoch nicht abzubilden. Die Folgen begleiten die Menschen häufig sehr lange und hinterlassen einen nachhaltigen Eindruck. Diskriminierung ist – beabsichtigt oder nicht – ein Angriff auf die Würde, auf die Selbstbestimmung, auf das Recht auf Gleichbehandlung eines Menschen. Sie äußert sich zum Beispiel in sozialen Herabwürdigungen, etwa in mitunter aggressiv hervorgebrachten Beleidigungen, aber auch in konkreten (materiellen) Benachteiligungen, bei nicht erfolgten Einstellungen, ungleicher Bezahlung oder verweigerten Dienstleistungen. Sie zeigt sich auf individueller, zwischenmenschlicher Ebene, aber auch in diskursiven und gesellschaftlichen Kontexten und nicht zuletzt auch auf struktureller bzw. institutioneller Ebene, etwa in diskriminierenden Gesetzen und Verordnungen. Die dahinterliegenden Botschaften sind in der Regel gleich: Du bist anders – und das ist nicht gut. Du reichst nicht aus. *Deine Bedürfnisse spielen keine Rolle. Du stehst unter mir. Du gehörst nicht dazu.*

Diskriminierungserfahrungen rufen häufig eine Vielzahl zuweilen auch widersprüchlicher Gefühle hervor: Wut, Enttäuschung, Ohnmacht, Selbstzweifel, möglicherweise aber auch den Wunsch, sich gegen das erfahrene Unrecht zur Wehr zu setzen. Wie die Betroffenen mit diesen Erlebnissen umgehen, hängt von einer Reihe unterschiedlicher Faktoren ab: den individuellen Kapazitäten und Ressourcen etwa, den Lebensumständen oder der

Persönlichkeit. Nicht selten jedoch stellen Diskriminierungserfahrungen nicht nur eine große emotionale Belastung dar, sondern haben auch einen nachhaltigen Effekt auf das gesellschaftliche und soziale Miteinander. In der Erhebung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gab jede fünfte Person an, in Folge einer diskriminierenden Erfahrung soziale Kontakte eingeschränkt oder gar abgebrochen zu haben. Insbesondere wenn Menschen wiederholt Diskriminierungen ausgesetzt sind, sinkt das Vertrauen in die Umgebung, in die Schutzfunktion staatlicher Behörden, in das gesellschaftliche System allgemein. Die Folgen reichen bis hin zu nachhaltigen Entfremdungs- und Isolationsprozessen.

Diskriminierung ist aus diesem und aus anderen Gründen auch mehr als eine individuelle Herausforderung. Diskriminierung ist ein Ausdruck von Machtungleichheiten, verhindert systematisch gesellschaftliche Teilhabe und steht so den zentralen Prämissen von demokratischem Gemeinwesen entgegen, nach denen alle Menschen gleich an Würde, Rechten und Entfaltungsmöglichkeiten sind. Ihr entgegenzuwirken, ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nicht nur muss Betroffenen von Diskriminierung die Möglichkeit eines angemessenen und fachlich fundierten Unterstützungsangebots zur Verfügung stehen, auch ist es die Pflicht aller demokratischen Kräfte, staatlicher gleichermaßen wie zivilgesellschaftlicher, auf eine gelebte Antidiskriminierungskultur hinzuwirken und hinzuarbeiten.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde schon vor vielen Jahren erkannt, dass Demokratie nicht immer ein „Selbstläufer“ ist, dass der Einsatz für ein demokratisches Miteinander eine kontinuierliche Zusammenarbeit und gezielte Maßnahmen erfordert. 2006 wurde aus diesem Grund das Landes-

programm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ im Landtag interfraktionell beschlossen. Entstanden unter dem Eindruck des seinerzeitigen Einzugs der NPD in kommunale Parlamente und den Landtag, fokussiert es jedoch weit mehr Phänomene als die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der rechten Partei. Im Leitbild bekennen sich die Fraktionen an vorderster Stelle zur Unantastbarkeit der menschlichen Würde, zu den Grundwerten des demokratischen Gemeinwesens und verpflichten sich dazu, demokratie- und menschenfeindlichen Tendenzen entgegenzutreten.

Eine Reihe von Maßnahmen wurde im Laufe der Jahre zur Umsetzung des Landesprogramms beschlossen, die der Stärkung von Demokratie und Toleranz sowie der Bekämpfung von Ideologien, die dem Gedanken der Gleichheit aller Menschen entgegenstehen, etwa Rassismus und Antisemitismus, dienen sollen. So stehen mit der Landesweiten Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (LOBBI e.V.), den Regionalzentren für demokratische Kultur und der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit von JUMP! bereits wichtige – und demokratie- und toleranzstärkende – Unterstützungsangebote für unterschiedliche Menschen und Akteur\*innen zur Verfügung. Eine Konzeption für Antidiskriminierungsarbeit im Bundesland und insbesondere ein Beratungsangebot für Betroffene von Diskriminierung sucht man indes vergebens. Die vorherigen Ausführungen verdeutlichen allerdings, dass Diskriminierung, also die Verweigerung gesellschaftlicher Teilhabe, ohne Zweifel ebenso als demokratiefeindliches Phänomen, zumindest jedoch als ein demokratisches Defizit verstanden werden muss. Nur folgerichtig wä-

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

re es daher, entsprechende Strategien und Angebote, die den gesetzlich verankerten Anspruch auf Gleichbehandlung umsetzen und den Werten einer demokratischen Gesellschaft gerecht werden, konzeptionell, strukturell und finanziell zu verankern.

Ein Unterstützungsangebot in Form einer Antidiskriminierungsberatung bietet Menschen einen geschützten Raum zur Ver- und Bearbeitung von Diskriminierungserfahrungen und für die Entwicklung von Handlungsoptionen und begleitet sie auf ihrem Weg zur Einforderung ihres Rechts auf Gleichbehandlung und Respekt. Ein entsprechendes Angebot würde die gegenwärtig im Bundesland existierende Beratungslandschaft – wie die Gewaltopferberatung oder die mobile bzw. Gemeindearbeit – ergänzen und die Lücke schließen, die durch diese anderen Angebote nicht abgedeckt werden kann und auch nicht sollte. Antidiskriminierungsberatung ist ein eigenständiges Feld der Sozialen Arbeit mit spezifischen Fachstandards, Arbeitsschwerpunkten und Interventionsmethoden, das ein spezielles Unterstützungsangebot nicht nur rechtfertigt, sondern auch notwendig macht und ein zentraler Baustein von Demokratieförderung ist. In Mecklenburg-Vorpommern existiert ein solches Angebot im Gegen-

satz zu den meisten anderen Bundesländern bisher nicht. Diesem Umstand zu begegnen, war die Aufgabe eines im Zeitraum von 15. Mai 2016 bis 31. Dezember 2017 in der Verantwortung der LOBBI umgesetzten und von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit Mitteln aus dem Bundesprogramm Demokratie leben! finanzierten Modellprojekts. Übergeordnetes Ziel des Modellprojektes war es, bis zum Ende der Projektlaufzeit 2017 ein anwendungsorientiertes Konzept für eine Beratungsstruktur für Betroffene von Diskriminierung im Bundesland zu entwickeln. Auf Grundlage einer Vielzahl von Fachgesprächen mit unterschiedlichen Akteur\*innen, zivilgesellschaftlichen wie staatlichen, die in ihrer haupt- oder ehrenamtlichen Tätigkeit mit dem Thema (Anti-) Diskriminierung, mit Betroffenen und deren oder eigenen Erlebnissen konfrontiert sind, hat sich mit bemerkenswertem, arbeitsintensivem und kontinuierlichem Engagement ein Kreis an Netzwerkpartner\*innen über die Voraussetzungen, Notwendigkeiten und Rahmenbedingungen einer gelingenden Antidiskriminierungsberatungsstruktur verständigt und gemeinsam an einem Ausgestaltungsvorschlag gearbeitet. Der vorliegende Entwurf ist ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit, der maßgeblich auch unter Berücksichtigung bundesweit an-

erkannter Qualitätsstandards entwickelt wurde. Er ergänzt ein im Sommer 2017 beschlossenes Positionspapier, in dem die Unterzeichner\*innen ihre Forderung nach einem Antidiskriminierungsberatungsangebot in Mecklenburg-Vorpommern unterstreichen. Der Entwurf erhebt nicht den Anspruch eines ohne Weiteres umsetzbaren Konzepts. Für einen tatsächlich geplanten Aufbau eines Antidiskriminierungsberatungsangebots wären weitere Konkretisierungen im Sinne einer Maßnahmenplanung (etwa Identifikation geeigneter Standorte, Erschließen von Räumlichkeiten usw.) notwendig. Das Modellprojekt ist zum Ende 2017 planmäßig ausgelaufen, eine Weiterfinanzierung gab es nicht. Ein Anfang ist gemacht, Vieles ist noch offen. Nun liegt es an den Entscheidungsträger\*innen, den Weg für ein ausfinanziertes Beratungsangebot zu ebnen und Betroffenen von Diskriminierung so die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Es ist auch eine Chance für die Landesregierung, ähnlich wie mit dem Landesprogramm, ein Zeichen für ein demokratisches Miteinander zu setzen und ein Signal an die Betroffenen zu senden, dass sie und ihre Erfahrungen ernstgenommen, dass sie als Menschen, so wie sie sind, wertgeschätzt und nicht allein gelassen werden, und dass sie ein Recht auf Unterstützung haben. ■

## Erinnern, Betrauern, Wachrütteln

Gedenkveranstaltung 2022 digital verfügbar

Seit 2008 wird in Mecklenburg-Vorpommern jährlich in der dialogischen Veranstaltungsreihe „ERINNERN, BETRAUERN, WACHRÜTTELN“ der Menschen mit psychischen Erkrankungen, geistigen und körperlichen Behinderungen gedacht, welche im Nationalsozialismus zwangssterilisiert oder im Rahmen der „NS-Euthanasie“ auf dem Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns ermordet oder von hier

in die Vernichtungslager deportiert wurden. Der Begriff „Dialog“ steht dabei für eine inklusive Sicht psychiatrischen Denkens und Handelns und bezeichnet das gleichberechtigte Miteinander von Betroffenen, Angehörigen und Professionellen.

Auch in diesem Jahr fand am 27. Januar die landesweite Gedenkveranstaltung statt – diesmal in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Aufgrund der pandemischen Situation konnte sie nicht wie vorgesehen in Präsenzform stattfinden. Das Programm wurde daher im Vorfeld digital aufgearbeitet und auf der Internetseite des Landesverbandes Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern e.V. ([www.sozialpsychiatrie-mv.de](http://www.sozialpsychiatrie-mv.de)) zur Verfügung gestellt. Auch die Bilder der Kranzniederlegungen stehen dort zur Verfügung. ■

## Für Alteingesessene und Zugezogene

### Modellprojekt für lebenswerte Kommunen gestartet

Unsere Gesellschaft wird älter und diverser, mittelfristig aber auch kleiner. Der demografische Wandel ist eine der größten Herausforderungen der heutigen Zeit. Damit Kommunen langfristig für alle Generationen attraktiv bleiben, müssen sie Veränderungen gestalten und moderne Konzepte entwickeln.

Mit dem neuen Modellprojekt „Zukunftswerkstatt Kommunen – Attraktiv im Wandel“ unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) dazu bis 2024 ausgewählte Gemeinden, Städte und Landkreise bei der Entwicklung individueller Lösungen.

Die scheidende Bundesseniorenministerin Christine Lambrecht: „Wenn wir den demografischen Wandel als Chance sehen und Jung und Alt zusammendenken, werden wir lebenswerte Orte für alle schaffen. Um neue

Wege zu entwickeln, haben wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden 40 sehr unterschiedliche Gemeinden, Städte und Landkreise ausgewählt. Zusammen wollen wir vielfältige, innovative Lösungen für altersfreundliche Kommunen finden, wo sowohl die ältere Bevölkerung als auch die junge Generation gerne leben. Neben der Beratung durch externe Fachleute setzen wir dabei auf eine starke Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Ziel des Projekts ist es, Kommunen zu unterstützen, Strategien zu erstellen und umzusetzen, die allen Altersgruppen in ihren jeweiligen Lebenslagen gerecht werden. Konkret geht es darum, die Attraktivität eines Ortes für Alteingesessene und Zugezogene zu erhalten oder zu steigern, die kommunale Identität zu stärken und die Integration von Menschen mit Migrationshin-

tergrund für ein starkes gesellschaftliches Miteinander zu fördern“.

Dafür durchlaufen die Kommunen in den nächsten Jahren fünf Schritte, vom Kick-Off bis zur Zwischenbilanz. Zum Start wird eine umfassende Analyse der jeweiligen Stärken und Schwächen erstellt.

Ausgewählt wurden Kommunen aus 13 Bundesländern, die mehrheitlich in strukturschwachen Gebieten liegen. Sie sind städtisch sowie ländlich geprägt mit Einwohnerzahlen von ca. 240 bis über 750.000 Menschen. Darunter allein in Mecklenburg-Vorpommern der Landkreis Rostock, die Gemeinde Schossin (NWM), Stadt Grabow (LUP), die Stadt Ludwigslust (LUP), der Landkreis Ludwigslust-Parchim und die Stadt Neubrandenburg (MSE).

Weitere Informationen zum Projekt unter [www.zukunftswerkstatt-kommunen.de](http://www.zukunftswerkstatt-kommunen.de)

## Hauptversammlung der dbb Senioren

### Landesseniorenvertretung des dbb trifft sich in Schwaan

Am 17. November fand in der Bürgerbegegnungsstätte in Schwaan die diesjährige Hauptversammlung der Landesseniorenvertretung des dbb m-v statt. Laut Satzung besteht dieses Gremium aus den Seniorenvertreterinnen und -vertretern der Mitgliedsgewerkschaften sowie den Vertretern der Einzelmitglieder aus den Seniorengruppen des ehemaligen BRH-Landesverbandes.

Der Vorsitzende der dbb Landesseniorenvertretung Gerd Dümmel schilderte in seinem Bericht die Arbeit der Landesseniorenvertretung seit der letzten Versammlung, welche sich – bedingt durch die andauernde pandemische Lage – in den letzten zwei Jahren äußerst schwierig gestaltet hat. Zudem formulierte er



Foto: dbb m-v

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht (stehend) bei seinem Grußwort. Erstmals bestand auch die Möglichkeit, digital an der Versammlung teilzunehmen.

die Erwartungen der Senioren an die neue rot-rote Landesregierung und bekräftigte die Absicht, mit den Vertretern der Landtagsfraktionen im

Gespräch zu bleiben, um den Interessen der älteren Generation weiter-

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

hin eine starke Stimme zu verleihen. Dietmar Knecht, Landesvorsitzender des dbb m-v, berichtete in seinem Statement über die derzeit laufende Einkommensrunde im Bereich der Länder und die vom dbb und seinen Mitgliedsgewerkschaften organisierten Aktionen, die pandemiebedingt dieses Mal nicht in Form von großen Streiks oder Demonstrationen, sondern vielmehr in Form von „Nadelstichen“ stattfinden.

Die dbb Landesseniorenvertretung freute sich ganz besonders, den Vorsitzenden der dbb Bundesseniorenvertretung Horst Günter Klitzing als Gast begrüßen zu können. Dieser berichtete über die Arbeit der Bundesseniorenvertretung, die in den vergangenen anderthalb Jahren ebenfalls stark von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen war. Dennoch fanden Gespräche mit den Fraktionen der im Bundestag vertre-

tenen Parteien sowie mit Vertretern des Landkreistages und des Städtetages statt, wobei sich, so Klitzing, z.T. eine große Unkenntnis insbesondere der Volksvertreter über die Situation bei den Senioren herausstellte. So sei vielen der Unterschied bei den Renten in Ost und West gar nicht bewusst. Zudem sei festgestellt worden, dass das Thema „Senioren“ in den Parteiprogrammen größtenteils gar nicht vorgekommen oder nur am Rande erwähnt worden sei.

Der Vorsitzende der dbb Bundesseniorenvertretung informierte auch über die Hauptversammlung ihrer Organisation, die am 6. Oktober 2021 in Berlin stattgefunden hat. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die politischen Erwartungen der dbb Senioren an eine neue Bundesregierung und Fragen der Digitalisierung. Auch hier kritisierte Horst Günther Klitzing die untergeordnete Rolle spezifischer seniorenpolitischer Themenfelder in den Wahl-

programmen der großen demokratischen Parteien. Die Bundesseniorenvertretung sieht es als ihre Aufgabe, die Politik und die gesamte Öffentlichkeit noch mehr zu sensibilisieren und benannte mit den Schwerpunkten Pflege, Rente und Digitalisierung (hier insbesondere die Beteiligung der Senioren) die drei Hauptthemen der künftigen seniorenpolitischen Arbeit des dbb.

Abgerundet und ergänzt wurde die Sitzung der Landesseniorenvertretung durch einen äußerst interessanten und informativen Online-Vortrag von Rico Birnbaum von der Württembergischen zum Thema Betreuungsvollmachten, Patientenverfügungen und ähnlichen Regelungen, die nicht nur ältere Menschen treffen sollten, bevor der Ernstfall eintritt.

Die nächste Zusammenkunft der Seniorenvertretung ist für Mai/Juni 2022 geplant. Dann stehen auch Neuwahlen zum Vorstand der Landesseniorenvertretung an. ■

## Gemeinsam für Verständigung

### Ausstellung in Rostock zu rechtsextremen Kräften

Mit dem Jahresanfang 2022 beginnt zugleich das 3. Corona-Jahr. Sicher geglaubte Gewissheiten scheinen zu schwinden. Gesellschaft und Staat sind in bisher unbekanntem Maße komplexen Belastungen ausgesetzt. Auf den stattfindenden Demonstrationen gegen beschlossene Maßnahmen zum Gesundheitsschutz sind Versuche rechtsextremer Kräfte zu beobachten, diese Veranstaltungen zu „kapern“ und anstelle berechtigter Kritik eine allgemeine Ablehnung demokratischer Institutionen und ihrer gewählten Vertreter zu erzeugen. Rufe nach „Freiheit“, Begriffe wie „Corona-Diktatur“ oder der Vergleich der Corona-Maßnahmen der Behörden mit der faschistischen Judenverfolgung und -Vernichtung missbrauchen die im Grundgesetz verbrieften Grundrechte und Freiheiten.

Als Senior\*innen haben wir die Erfahrung gemacht, dass Freiheit nie voraussetzungslos und immer mit Verantwortung verbunden ist. In unserer Arbeitsgemeinschaft Senior\*innenpolitik überlegten wir, wie wir unter den gegenwärtigen Bedingungen zu politischem Verständnis im Sinne des antifaschistischen Grundkonsens aller demokratischen Kräfte beitragen können. In Verbindung mit dem Bezirksseniorenausschuss Rostock der Gewerkschaft ver.di erhielten wir Kenntnis von der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“, die von der VVN-BdA erarbeitet und uns vom ver.di-Arbeitskreis Antirassismus/Antifaschismus vermittelt werden konnte.

Vom 14. bis 25. März 2022 wird die Ausstellung im Foyer des Rostocker Rathauses zu besichtigen sein.

Sie gibt einen Überblick über faschistische Aktivitäten, Denken und Strategien rechtsextremer Kräfte in Deutschland. Die Exposition wurde unter wissenschaftlicher Begleitung entwickelt und ist geeignet, einen Beitrag zur Festigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu leisten, indem sie Kenntnisse vermittelt, die die Basis für die gegenseitige Verständigung stärkt. Wir freuen uns, mitgeholfen zu haben, dass diese Ausstellung den Besuchern des Rostocker Rathauses zugänglich sein wird.

Klaus Röber

Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Senior\*innenpolitik der Partei DIE LINKE



# Weiterbildung zum Demokratiecoach

## Sprachlos oder unsicher im Umgang mit demokratiefeindlichen Aussagen?

Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert Projekte zur Stärkung demokratischer Teilhabe und gegen Extremismus. Im Mittelpunkt stehen regionale Vereine und Verbände mit dem Ziel, deren Kompetenzen zu unterstützen und zu erweitern, Ansprechpartner\*innen vor Ort zu stärken und auszubilden.

Das Mehrgenerationenhaus Torgelow mit seinem Träger Volkssolidarität Uecker-Randow e.V. startete im September 2021 mit Unterstützung des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern e.V. und seinem Projekt „Dialograum schaffen – Geschlechtergerechtigkeit leben – Vielfalt gestalten“ mit der Fortbildung von Demokratiecoaches für die Volkssolidarität. Der zweitägige Workshop „Die Demokratie und Ich – Selbstverortung“ im September 2021 bildete den Auftakt. Es ist bundesweit der erste Landesfrauenrat, der eine Projektförderung aus dem Programm des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat erhält. Das kommt gut an in der Region. Darüber freuen wir uns! Unser Träger betreibt Einrichtungen in der Pflege, Behindertenhilfe sowie



Kindertagesstätten. Das Mehrgenerationenhaus steht allen Bürgern und Bürgerinnen mit und ohne Migrationshintergrund offen. Vielfältige Angebote zur Hilfe, Beratung, Unterstützung und Entlastung sind ein fester Bestandteil der Arbeit.

Nun kommt zu den bereits vorhandenen ein weiteres spezielles Angebot für aufmerksame und respektierte Ansprechpartner\*innen: Dieses Projekt soll die Voraussetzungen schaffen, präventiv, vor allem bei Vorhandensein möglicher extremistischer Gefährdungen agieren zu können und die grundlegenden Bedingungen für ein gleichwertiges und ge-

waltfreies Zusammenleben zu schaffen.

Die Fortbildung zum Demokratiecoach enthält fünf Module, die jeweils zwei Seminartage umfassen, wovon vier davon Pflichtmodule sind und das fünfte gewählt werden kann.

Die Projektleiterin Dr. Yvonne Niekrenz und Referentin Maria Lichtermann vom Landesfrauenrat M-V e.V. Rostock begleiten die Fortbildung vor Ort im Mehrgenerationenhaus, 17358 Torgelow, Blumenthaler Straße

18, aber auch per Zoom-Meeting. Für die 50-stündige Weiterbildung zum Demokratiecoach finden sich 12 bis 14 Teilnehmer\*innen unserer Region zu den jeweiligen Terminen im Mehrgenerationenhaus ein. Im Januar und März 2022 folgen weitere Module der Weiterbildung der Demokratiecoaches, zum Beispiel zum Thema „Hass im Netz: Strategien für den digitalen Raum“. Wir freuen uns wieder auf die kompetente Begleitung vom Landesfrauenrat, damit unser Verein, unser Haus, unsere Organisation ein Ort ist, an dem sich alle Menschen willkommen, eingebunden und respektiert fühlen. ■

### Wortmeldung:

## Warum wir das Virus nicht loswerden

**Ein Beitrag zum besseren Verständnis und zur Richtigstellung von falschen populären Schlussfolgerungen im Zusammenhang mit der Pandemie:**

Unser Gesundheitsminister Karl Lauterbach prophezeit, dass wir noch mindestens 10 Jahre mit dem Virus leben müssen. Dazu gibt es eine klare Ursache, die ich erläutern möchte.

Das Virus braucht Menschen und nutzt deren Schleimhäute zum Überleben. Dort wo keine Menschen leben, ist auch kein Virus.

Das Virus muss nicht unbedingt durch Symptome bemerkt werden und kann von jedem Menschen, der das Virus trägt, auf andere übertragen werden. Wird jemand durch das Virus krank, vermehrt es sich deut-

lich. Also ist die logische Konsequenz, solche Krankheiten zu vermeiden.

Das geht aber nur mit den jetzt vorhandenen, vorübergehend wirksamen Impfungen oder den Schutzmaßnahmen zur Einschränkung von Übertragungen. Also wer sich nicht impfen lässt, ist ein Verbreitungskan-

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

didat und trägt dazu bei, dass die Viruszahl bei diesen Erkrankungen zunimmt. Dadurch steigt aber auch die Wahrscheinlichkeit, dass Geimpfte und Ungeimpfte das Virus weitertragen. Es ist eine Kettenreaktion ohne Ende wegen der hohen Übertragungswahrscheinlichkeit, die weitaus höher ist als bei der Influenza.

Bisher kann man nur die Wahrscheinlichkeit der Übertragung über eine solche Kettenreaktion dämpfen. Das geschieht durch die bisher vorhandenen Impfstoffe und die behördlich verordneten Einschränkungmaßnahmen. Die Behörden haben nur diese Möglichkeiten, ihre Verpflichtung zu erfüllen, ein Großteil der Menschen vor dieser Pandemie zu schützen und Leben zu retten.

Welche Folgen hat diese Kettenreaktion und wie müsste man die Ursachen stoppen? Die primären Ursachen liegen bei den Verbreitern, das sind die Menschen, die erkranken oder die, welche Maßnahmen gegen eine Übertragung missachten. Wenn sich jeder vor der Erkrankung vollständig impfen ließe, würde das Virus allmählich seinen Wirt verlieren. Da sich nicht alle gleichzeitig impfen lassen können, entsteht eine Periode, in der zunächst das Virus zunimmt (es wird als Welle bezeichnet) und dann wieder abnimmt, bis alle geimpft sind. Wenn diese Periode länger dauert, als der Impfschutz der zuerst Geimpften anhält, können sich die zuerst Geimpften wieder anstecken und die Welle oder Periode wird breiter. Das RKI hat bei den vollständig Geimpften eine Schutzperiode von etwa 6 Monaten festgestellt. Die Infektions-Welle dauert aber länger als 6 Monate, da sich einige Geimpfte wieder angesteckt haben können.

Nun gibt es eine zweite Gruppe, die sich nicht impfen lässt. Diese Gruppe kann sich in der Welle jederzeit anstecken und erhöht die Häufigkeit und

die Breite der Welle. Da diese Gruppe gemäß Feststellung des RKI nach ihrer Genesung nur einen Schutz von 3 Monaten hat und eine Impfung verweigert wird, verlängert sich die Welle. Dadurch findet das Virus sowohl bei den Geimpften wie den Ungeimpften jederzeit einen Wirt zur Infektion.

Einen dauerhaften Schutz nach überstandenen Erkrankungen gibt es offensichtlich nicht. Die Hoffnung auf eine sogenannte Herdenimmunität bleibt damit eine Illusion. Gesundheitliche Spätfolgen nach Erkrankungen sind weitaus häufiger als Nebenwirkungen durch die Impfung.

**13 Prozent der über-60-Jährigen in Mecklenburg-Vorpommern sind noch nicht gegen Corona geimpft.**

LAGuS am 6. Januar 2022

Die Keimzelle der Verbreiter sind demnach die Ungeimpften. Das haben unsere Behörden längst erkannt und planen Maßnahmen, um eine Impfpflicht einzuführen. Die Hoffnung, dass sich mehr Menschen im Laufe der Zeit impfen lassen, während Schutzmaßnahmen die Wirtschaft blockieren, kann zu Lockerungsmaßnahmen beitragen. Aber man kann nicht unterscheiden, ob die Zahl der Erkrankten sinkt, weil wirksame Schutzmaßnahmen oder vermehrte Impfungen die Ursache dafür waren. Lockert man die Schutzmaßnahmen, bevor die Zahl der Geimpften zugenommen hat, werden die Inzidenzen wieder zunehmen. Das scheint vielen Menschen nicht bewusst zu sein. Stets weigert sich eine beträcht-

liche Zahl der Menschen, sich impfen zu lassen. Es ist diesen Menschen entweder egal, ob die Wirtschaft dadurch Schaden nimmt oder sie haben das bisher nicht erkannt, wobei eine unbegründete Angst vor sehr seltenen Nebenwirkungen dabei mitwirkt. Der Staat ist nun gefragt zu handeln und die Gesellschaft vor dem wachsenden Ruin zu schützen.

Was kann er tun und was geht nicht? Wer dem Volk vorsätzlich Schaden zufügt, macht sich strafbar. Das Problem ist, dass es den meisten Impfgegnern nicht klar ist, dass sie den Schaden an Gesundheit und Wirtschaft selbst verursachen. Dazu hilft Aufklärung, die jeder Impfgegner verpflichtend über sich ergehen lassen sollte. Es bleibt aber immer noch eine größere Gruppe von Gegnern übrig, die im Extremfall auch zu Gewaltmaßnahmen gegen den Staat bereit sind. Damit ist die Staatsmacht in einer Demokratie sehr schnell überfordert. Die Politik kann es sich nicht leisten, Wählerstimmen zu verlieren. Das ist der Grund, dass Gewaltmaßnahmen des Staates durch Gesetze, das Strafrecht, Bußgelder, Einschränkung des Versicherungsschutzes usw. unterbleiben werden. Die Folge: Das Virus bleibt uns noch viele Jahre „treu“, wie Karl Lauterbach feststellt, und die Wirtschaft muss sich darauf einstellen. Aber was dadurch nicht auf Dauer gehen wird ist, dass der Staat den Schaden in der Wirtschaft auf Dauer mitträgt. Der Staat hat mit dem kostenlosen Angebot der Impfung seine Pflicht, dem Volk zu helfen, bereits erfüllt. Es bleibt uns aber noch eine Hoffnung, wenn einmal ein neuer Impfstoff kommen würde, der wie bei der Influenza nur einmal im Jahr geimpft werden muss und viele Impfverweigerer zur Einsicht bringt, um in der gewohnten Freiheit weiter leben zu können.

Prof. Dr. Helmut Pratzel,  
Sarow

# Den Verkehrswachten geht die Puste aus

Ehrenamtliche Unterstützung wird dringend benötigt

Der Hilferuf „Den Verkehrswachten geht die Puste aus!“ kommt nicht von ungefähr. Für unser gemeinsames Ziel zur Verbesserung der Sicherheit auf den Straßen unseres Bundeslandes braucht es starke Verkehrswachten. Dies ist aufgrund des demografischen Wandels jedoch nicht überall gegeben, es herrscht in vielen Verkehrswachten zunehmend Personalmangel. Ohne neue Unterstützung ist die Vereinsarbeit nicht oder nur schwer zu bewältigen.

Die Verkehrssicherheitsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern ist seit drei Jahrzehnten Schwerpunkt einer engagierten Zusammenarbeit zwischen der Landespolizei MV, den Verkehrswachten und vielen Partnern.

Wenn man sich die bloßen Zahlen anschaut, können wir bei der Verkehrssicherheit in den vergangenen Jahrzehnten in Mecklenburg-Vorpommern zweifellos enorme Fortschritte verzeichnen. 1991, im bisher schwärzesten Jahr der Unfallstatistik, waren 624 Todesopfer zu beklagen. 2021, also dreißig Jahre später, haben wir mit 68 Verkehrstoten einen historischen Tiefstand erreicht. Doch mit steigendem Verkehrsaufkommen wachsen auch die möglichen Gefahren.

Mobilität kennzeichnet unsere Gesellschaft. Insbesondere Seniorinnen und Senioren möchten aktiv am Leben teilnehmen, und das möglichst sicher. Egal, ob zu Fuß, als Radfahrer oder am Steuer eines Kraftfahrzeugs. Nicht genug: Wer bewahrt möglicherweise den Knirps auf dem Gehweg, Kinder auf dem Schulweg oder junge Kraftfahrer im Auto vor Schaden, vermittelt kompetente Tipps? Genau an dieser Stelle kommen die 19 örtlichen Verkehrs-



Simulatortraining hilft.

wachten in Mecklenburg-Vorpommern ins Spiel, die sich seit mehr als 30 Jahren für mehr Sicherheit auf unseren Straßen einsetzen. Unermüdlich organisieren diese Ehrenämter vor Ort Veranstaltungen und betreuen Aktionen. Hand aufs Herz: Kennen SIE Ihre örtliche Verkehrswacht oder die Landesverkehrswacht in unserem Land? Dann schenken Sie der Verkehrsprävention vor Ort die Beachtung, die für das Ehrenamt in den Verkehrswachten so unerlässlich ist.



Verkehrssicherheit für die Knirpse.

Die Verkehrswachten mit ihren gegenwärtig insgesamt rund 400 Mitgliedern sorgen für Aufklärung und Wissensvermittlung zum richtigen Verhalten im Straßenverkehr. Mit ihren vielschichtigen Angeboten in der Verkehrserziehung sprechen sie alle Verkehrsteilnehmer an, insbesonde-

re die Zielgruppe der Kinder, Führerscheinneulinge und Senioren. Die ehrenamtliche Aufgabe umfasst dabei u.a. Verkehrserziehungsmaßnahmen an Kitas und Schulen, Fahrradparcours-Training mit Kindern, Beratungen und Training für Seniorinnen und Senioren sowie viele weitere spannende Projekte in Zusammenarbeit mit Kitas, Schulen, Fahrschulen, Senioreneinrichtungen und der Polizei.

Wie kann die Arbeit der Verkehrswachten unterstützt werden?

Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Tätigkeit. Mitmachen kann jeder, der Lust hat, sich vor Ort ehrenamtlich für eine gute Sache zu engagieren, denn helfende Hände sind jederzeit herzlich willkommen! Jedes Mitglied zählt, egal ob passiv oder aktiv. Spezielle Kenntnisse sind grundsätzlich nicht erforderlich, aber hilfreich.

Wer sich zum Beispiel für die Arbeit mit Kitas oder Seniorentaining, für den Fahrradparcours interessiert, kann sich dort engagieren. Andere Ehrenamtliche sorgen für das Sponsoring von Aktionen, werben Mitglieder, kümmern sich um Internetauftritt und soziale Medien. Die Verkehrswachten sind für alle Ideen und persönlichen Fähigkeiten offen – angefangen von einem dauerhaften Engagement bis hin zu Hilfeleistungen bei einzelnen Veranstaltungen. Als Lohn für diese ganzen Aktivitäten gibt es nicht nur ein „Danke schön“ der Teilnehmer, sondern auch strahlende Gesichter der vielen Kinder in den Kitas und Schulen.

Ganz ohne Geld kommt auch ein Verein selbst mit ehrenamtlichen Mitgliedern nicht aus, schließlich gibt es Kos-

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

ten für eine kleine Geschäftsstelle, Telefon und Materialien. Die Verkehrswachten finanzieren dies zum einen über geringe Mitgliedsbeiträge von jährlich ca. 20 Euro für Einzelmitglieder, Firmen zahlen mehr. Hinzu kommen insbesondere noch Projektmittel des Landes und der Deutschen Verkehrswacht sowie Sponsorengelder. Sie, als aktive Seniorinnen und Senioren, Akteure in den Seniorenbei-

räten, Arbeitsgruppen und anderen Gremien des Landes, sind in Ihrer Region bereits gut vernetzt. Diese Netzwerke, zusammen mit Ihrem persönlichen Knowhow, sind ideale Voraussetzungen für eine mögliche Unterstützung der Verkehrswachten.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie im Namen aller Verkehrswachten und der Landesverkehrswacht Mecklenburg-Vorpommern, setzen Sie alles daran, dass diese wertvolle, ja manchmal lebensrettende Arbeit für mehr

Verkehrssicherheit von Jung bis Alt erhalten bleibt.

Ihr Interesse an dieser ehrenamtlichen Tätigkeit würde ich sehr begrüßen und mich über eine Antwort an die jeweilige Verkehrswacht bzw. an die Landesverkehrswacht Mecklenburg-Vorpommern freuen.

*Ansprechpartner und weitere Details unter [www.verkehrswacht-mv.de](http://www.verkehrswacht-mv.de)*

*Bernd Fritsch, Vizepräsident  
Landesverkehrswacht  
Mecklenburg-Vorpommern*

## Qualifizierung zum GeriCoach (m/w/d)

Für eine demenzfreundliche Gesellschaft



Wenn der eigene Ehemann plötzlich den Weg nach Hause nicht mehr findet oder die eigene Mutti das schmutzige Geschirr neuerdings in den Kühlschrank stellt... Demenz verändert das Leben und stellt die Familie und Freunde vor große Herausforderungen. Neben einer guten medizinischen Versorgung sowie intensiver Betreuung und Pflege für Menschen mit Demenz benötigen Angehörige Beratung, Unterstützung, Austausch, Verständnis, Ermutigung und vor allem Entlastung, um die Aufgabe langfristig leisten zu können und dabei selbst gesund zu bleiben.

Nach neuesten Schätzungen leben etwa 36.000 Menschen mit Demenz in Mecklenburg-Vorpommern. Allein in der hohen Anzahl an Betroffenen und der Verteilung in der Fläche in unterschiedlich strukturierten Räumen – Stadt und Land sowie ländliche Räume und dünnbesiedelte ländliche Räume – wird die Tragweite der Herausforderungen für die Gewährleistung einer wohnortnahen und flächendeckenden Versorgung sichtbar. Demgegenüber steht das mangelnde Wissen

der Betroffenen über die vielfältigen Möglichkeiten und Wirkungen niedrigschwelliger Betreuungs-, Entlastungs- und Teilhabeangebote. Denn ein Großteil wird von Angehörigen zuhause gepflegt. Die Betreuung eines Familienmitgliedes mit Demenz ist häufig eine 24 Stunden-Aufgabe und auf Dauer eine enorme physische und psychische Belastung. Hier gilt es, intensive Aufklärungsarbeit zu leisten und mit der Initiierung weiterer Unterstützungs-, Entlastungs- und Teilhabemöglichkeiten die Versorgungslücken in den ländlichen Regionen zu schließen.

Hier setzt der vom Landesverband der Deutschen Alzheimer Gesellschaft



**Deutsche Alzheimer Gesellschaft  
Landesverband  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Selbsthilfe Demenz**

Mecklenburg-Vorpommern e.V. entwickelte GeriCoach an. Dieser bietet künftig in der eigenen Region Hilfe zur Selbsthilfe, vermittelt passgenaue Hilfs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen und baut gemeinsam mit regionalen Trägern leicht zugängliche Versorgungs- und Teilhabestrukturen auf. Gleichzeitig stehen GeriCoaches als Ansprechpartner\*innen für Menschen

mit Demenz und Angehörige zur Verfügung. Ziel ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen mit Demenz so lange und so gut wie möglich in der eigenen Häuslichkeit leben können und Angehörige die erforderliche Unterstützung und Entlastung erfahren, die sie für diese Aufgabe benötigen. Je früher Informationen über die Erkrankung und mögliche Hilfen gegeben werden, desto besser gelingen Vorsorge und Alltagsentlastung. Und so können Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen rechtzeitig planen, persönliche Angelegenheiten regeln und Vorsorge treffen und das Leben neu strukturieren, so dass noch ganz viel möglich ist und bleibt.

Im vergangenen Sommer wurden die ersten neun GeriCoaches ausgebildet. Die qualifizierten Fachkräfte sind bereits im Flächenland M-V aktiv und einige von Ihnen haben bereits niedrigschwellige Versorgungsstrukturen für Menschen mit Demenz und Ihre Angehörigen aufgebaut. Falls Sie konkreten Bedarf haben, können Sie sich gerne bei uns melden.

**Kontakt:**

*Michèle Sawade und Torsten Sohn,*

*Tel.: 0381/208 754 01/-02,*

*E-Mail: [gericoach@alzheimer-mv.de](mailto:gericoach@alzheimer-mv.de)*

# Enkeltrick – nein danke!

Seniorenicherheitsberater geben Tipps gegen Betrug am Telefon und Internet

Die ältere Generation gehört zu einer bedeutenden Zielgruppe in der Kriminalprävention. Fast täglich werden Versuche unternommen, um ältere Menschen mit Trickstraftaten wie dem Enkeltrick, Haustürgeschäften oder falschen Gewinnversprechen zu verunsichern und zu verängstigen. Im schlimmsten Fall wird dabei das Ersparte durch die Betrüger ergaunert. Medienberichte zeigen, dass sich Betrüger als falsche Polizisten oder Mitarbeiter\*innen des Gesundheitsamtes ausgeben, um sich schamlos Zutritt zur Wohnung zu verschaffen.

Bitte seien Sie skeptisch und lassen Sie sich Dienstausweise zeigen. Geben Sie keine Auskunft über Ihre persönlichen und finanziellen Verhältnisse. Haben Sie Zweifel, schließen Sie die Tür bzw. beenden Sie das Telefongespräch und rufen Sie den Notruf der Polizei unter 110.

In Zeiten von Kontaktbeschränkungen nutzen mehr und mehr ältere Menschen das Internet, um Informationen oder Nachrichten zu recherchieren, einzukaufen, Bankgeschäfte zu erledigen oder mit entfernten Freunden und Familienmitgliedern über die sozialen Netzwerke in Kontakt zu bleiben.



Foto: KPR

Seniorenicherheitsberater Klaus-Dieter Karpuschkat im Dialog mit Senior\*innen

Die Möglichkeiten sind vielfältig und eine Chance der Teilhabe am gesellschaftlichen Miteinander vom Wohnzimmer aus.

Die aktuellen Tricks der Betrüger, aber vor allem wertvolle Hinweise für ein sicheres Verhalten im Internet bieten die Seniorenicherheitsberaterinnen und -berater mit ihren abwechslungsreichen Vorträgen, die landesweit in M-V buchbar sind:

## „Seniorenicherheit im Alltag“

- Verhalten an der Haustür
- Betrug durch Gewinnbenachrichtigungen
- Taschendiebstahl
- Einbruchschutz für Haus und Wohnung

## „Senioren im Straßenverkehr – aber sicher“

- Senioren als Fußgänger, Radfahrer und Kraftfahrer
- Senioren als Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs

## „Senioren im Internet – aber sicher“

- Grundlagen der Sicherheit im Internet
- Kommunizieren mit E-Mail und Messenger
- Im Netz einkaufen und bezahlen
- Vernetzen mit Social Media

## „Meine Werte, Deine Werte – In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“

- Rolle des Extremismus und Populismus und die Wirkung auf unsere Demokratie
- Bedeutung eines wertschätzenden Miteinanders für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung
- Umgang mit *Hate Speech* und *Fake News*

Die Seniorenicherheitsberater\*innen sind pensionierte Polizeibeamte, die ehrenamtlich und für Sie kostenfrei über Kriminalitätsrisiken informieren. Die Dauer des jeweiligen Vortrages beträgt circa 90 Minuten und wird für Gruppen ab 5 Personen angeboten.

Die Koordination und Dokumentati-on der Einsätze der Seniorenicherheitsberater in den Landkreisen bzw. der kreisfreien Städte erfolgt über die Geschäftsstellen der Präventionsräte. Wir beraten Sie gern!

### **Ansprechpartnerin**

**in der Hansestadt Rostock:**

Marlen Schmidt

Kommunaler Präventionsrat

der Hansestadt Rostock

Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Tel. 0381/381-5450

Email: [praeventionsrat@rostock.de](mailto:praeventionsrat@rostock.de)

[www.rostock.de/praevention](http://www.rostock.de/praevention)

Projekt Seniorenicherheits-  
berater wird gefördert durch:

**PROVINZIAL**

und



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung  
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter [www.kriminalpraevention-mv.de](http://www.kriminalpraevention-mv.de)

# Was tun bei Betrugsversuchen?

## Prinzipien geben Sicherheit

Persönliche Probleme infolge von Straftaten, seien sie materieller oder psychischer Natur, gehören zu den Begleitumständen, mit denen sich Opfer auseinandersetzen müssen.

Leider trifft es oft die älteren Menschen. Statt ihnen mit Fürsorge und dem verdienten Respekten für ihre Lebensleistung zu begegnen, werden ihre Empathie und Hilfsbereitschaft schamlos ausgenutzt. Auch ungünstige Lebensumstände, wie der Verlust eines Partners, Wegzug der Angehörigen und die Beschränkung der Mobilität, führen zur sozialen Vereinamung. Kontakt zur Außenwelt besteht oft nur übers Telefon. Umstände, die sich Kriminelle geschickt zu Nutze machen.

Spontane Anrufe, die immer ein schwerwiegendes Problem zum Inhalt haben, sind ein beliebter Einstieg, um ins Gespräch zu kommen. Der Begriff „Schockanruf“ hat dadurch eine tragische Bekanntheit erlangt.

Inhaltlich geht es um Sohn, Tochter oder Enkel, die gerade einen schwerwiegenden Verkehrsunfall verursacht haben. Die Polizei hat selbstverständlich eine Inhaftierung vorgenommen, die nur durch sofortige Zahlung einer Kautions aufgehoben werden kann. Ein vier oder gar fünfstelliger Betrag als Forderung ist nicht ungewöhnlich. Und nun raten sie mal, wer diese „Kautions“ bezahlen soll?

Ja, schockierend ist diese Nachricht allemal, wenn sie wahr wäre. Durch geschicktes Agieren, wie die Verwendung juristischer und behördlicher Begrifflichkeiten und detaillierter Schilderungen, wird versucht, erst gar keine Zweifel beim Opfer aufkommen zu lassen. Zudem wird systematisch ein immer stärker werdender Handlungsdruck erzeugt, der nur

in die eine Richtung geht, nämlich sofort zu bezahlen.



Ähnlich ist eine andere Betrugsmasche aufgebaut. Hier ist es nicht die Polizei, sondern das angeblich eigene Geldinstitut betraut sie mit einem „kleinen Anliegen“. Sie erhalten eine E-Mail vom vermeintlichen Kundenservice ihres Bankinstitutes. Darin heißt es, dass ein Sicherheitsupdate für ihr Konto durchgeführt werden müsse. Sie würden demnächst telefonisch kontaktiert und der Anruf lässt nicht lange auf sich warten. Der Bankmitarbeiter verspricht eine schnelle Lösung des Problems. Man solle ihm lediglich die IBAN-Nummer und eine TAN (Transaktionsnummer) durchgeben, alles Weitere erfolge automatisch. In einem Fall waren danach 20.000 Euro abgebucht. Ein hoher Preis für ein angeblich kleines Problem.



Unsicherheit erzeugen und Druck aufbauen! Das ist die Taktik der kriminellen Betrüger. Auch selbsternannte Inkasso-Büros haben nach wie vor Konjunktur. Völlig unerwartet trifft ein

Schreiben ein, in dem von Zahlungsrückständen bezüglich eines „Kostenfestsetzungsbeschlusses“ die Rede ist. Dieser Kostenfestsetzungsbeschluss kann sich auf die unterschiedlichsten Branchen berufen. Dies können säumige kommunale Abgaben, Gebühren für Telekommunikation oder Geschäfte jeglicher Art sein. Egal, wie die Betreffzeile auch lautet, es geht immer um Zahlungsforderungen, die sofort und widerspruchslos zu begleichen sind. Wenn nicht, dann erfolgt die sofortige Zwangsvollstreckung!

So werden Ängste geschürt, die die Betroffenen oftmals überfordern. Hinzu kommt die Scham darüber, vielleicht doch eine Zahlung vergessen oder übersehen zu haben. Probleme, die plötzlich und unerwartet ins Leben treten, möchte man so schnell wie möglich wieder loswerden. Die Lösung des Problems wird gleich mitpräsentiert. – sofort bezahlen!

Das ist doch ganz einfach, oder? Aus Sicht der Polizei zu einfach. Der Verlierer steht wie so oft in diesem Spiel schon vorher fest.

Deshalb lassen sie sich nicht täuschen. Bleiben sie bei Geldangelegenheiten stets wachsam und misstrauisch. Wenn sie Zahlungsforderungen nicht sofort zuordnen können, dann überprüfen sie diese in Ruhe. Lassen sie sich nicht unter Zeitdruck setzen. Sprechen sie mit Verwandten oder Bekannten über solche Dinge. Können die Zweifel nicht ausgeräumt werden, dann wenden sie sich an ihre Polizei. Machen sie sich dieses Verhalten zum Prinzip.

Denn auch hier gilt der Grundsatz: „Prinzipien geben Sicherheit“.

*Ralf-Theo Mundt, Präventionsberater  
Polizeiinspektion Ludwigslust*

*Anett Nuklies, Koordinatorin KPR/KSB  
Landkreis Ludwigslust-Parchim*



Vitanas



Länger  
besser  
leben!

# LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen  
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche  
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung  
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen  
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.  
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

**Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark**  
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde  
☎ (039771) 201 - 0 | [www.vitanas.de/amtierpark](http://www.vitanas.de/amtierpark)

**Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark**  
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg  
☎ (0395) 563 98 - 0 | [www.vitanas.de/amkulturpark](http://www.vitanas.de/amkulturpark)

**Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark**  
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg  
☎ (0395) 425 62 - 100 | [www.vitanas.de/amkulturpark](http://www.vitanas.de/amkulturpark)



# Leibrente, Teilverkauf, Umkehrhypothek (I)

Wie kann ich im Alter aus der Immobilie wieder Geld machen?

In den letzten Jahren mehren sich die Angebote, die versprechen, aus der eigenen Immobilie wieder finanzielle Freiheit zu gewinnen und dennoch dort weiter wohnen zu können. Relevant ist dies vor allem, wenn die Rente knapp ist, größere Sanierungen anstehen oder keine Erben vorhanden sind, die von der Immobilie etwas hätten. In letzter Zeit mehren sich die Anfragen zu diesem Thema bei der Verbraucherzentrale M-V.

Anfangs war die sogenannte **Umkehrhypothek** – eine spezielle Form eines Darlehens – das Mittel der Wahl. Dabei erhält man eine Einmalzahlung, alternativ eine monatliche Zahlung und kann mietfrei bis zum Lebensende in den eigenen vier Wänden wohnen. Die Immobilie dient als Sicherheit für das Darlehen und am Ende zur Tilgung des Darlehens durch Verkauf. Da die Verbraucher bis zum Ende Eigentümer der Immobilie bleiben, tragen sie auch sämtliche Kosten für die Instandhaltung, Modernisierung oder auch für Straßenausbaubeiträge. Problematisch ist vor allem, dass es praktisch kaum noch Angebote für die Umkehrhypothek gibt. Man kann bei kleineren Banken oder Sparkassen anfragen, aber die meisten Anbieter halten sich aus diesem Geschäft raus.

Eine weitere Möglichkeit kam mit den **Verrentungsmodellen** auf. Diese werden unter Bezeichnungen wie Leib-, Immobilien- oder Zustifterrente angeboten. Grundsätzlich erhält man hier eine monatliche Zahlung, wobei auch die Zahlung eines einmaligen Betrags nicht völlig ausgeschlossen ist, zum Beispiel, wenn auf dem Objekt noch eine Restschuld besteht, die noch abgelöst werden muss. Anders als bei der Umkehrhypothek erfolgt der Verkauf nicht am Ende, son-

**verbraucherzentrale**  
*Mecklenburg-Vorpommern*

dern bereits bei Abschluss des jeweiligen Rentenmodells. Es findet somit unmittelbar ein Eigentümerwechsel statt. Die Kosten für Instandhaltung, Modernisierung und Ausbaubeiträge gehen daher grundsätzlich zu Lasten des neuen Eigentümers. Es kann jedoch auch vereinbart werden, dass diese Kosten der verkaufende Verbraucher zu tragen hat. Gleiches gilt für die bestehenden Versicherungen. Zudem sollte geregelt werden, was zu passieren hat, falls die Immobilie nicht mehr bewohnbar ist, zum Beispiel durch Brand oder Hochwasser.

sprüche abgesichert sind. Um Angebote zu erhalten, kann man sich zum Beispiel an die Deutsche Leibrenten AG, die Stiftung Liebenau oder die Deutsche Immobilienrente wenden.

Daneben hat sich der sogenannte **Teilverkauf** etabliert. Beim Teilverkauf werden lediglich zwischen zehn und 50 Prozent der Immobilie veräußert. Diese Variante wird derzeit besonders intensiv beworben. Der Alteigentümer bleibt alleiniger Nutzer der Immobilie und zahlt eine Art Miete bzw. Nutzungsentgelt für den verkauften Teil. Diese Miete kann sich im Laufe der Zeit auch erhöhen. Obwohl die Anbieter Miteigentümer werden, wird in aller Regel vereinbart, dass die Instandhaltungskosten allein durch den Verbraucher zu tragen



Foto: RainerSturm/pixelio.de

*Man muss seine Immobilie nicht verkaufen, um sie zu „versilbern“.*

Eine weitere Unsicherheit ist das Risiko, dass der Anbieter insolvent wird. Für den Fall kann es sinnvoll sein, ein Rückkaufsrecht zu festgelegten Konditionen zu vereinbaren. Die Rechte des verkaufenden Verbrauchers, wie das mietfreie Wohnrecht und die Zahlung der Leibrente bis ans Lebensende sowie ein mögliches Rückkaufsrecht, müssen in das Grundbuch eingetragen werden, damit diese An-

sind. Ein weiterer Kostentreiber kann der Umstand sein, dass Sie im Falle eines späteren Verkaufs der kompletten Immobilie üblicherweise ein pauschales Entgelt von je nach Anbieter 3 bis 5 Prozent auf den gesamten Kaufpreis an den Anbieter abgeführt werden muss. Manche Anbieter sichern zudem gegen einen Wertverlust ab. Sollte die Immobilie bei einem späteren Komplettverkauf weni-

ger wert sein als zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses, schuldet man dem Anbieter dennoch mindestens den ursprünglichen Betrag aus dem Teilverkauf zuzüglich eines anbieterabhängigen Zuschlags von zum Beispiel 17 %. Das Risiko eines Wertverlustes oder eines stagnierenden Wertes trägt man als Teilverkäufer somit selbst. Im Falle eines Wertzuwachses müssen Sie den Mehrwert anteilig jedoch abgeben. Bekannte Teilkäufer sind zum Beispiel die Firmen Wertfaktor, Heimkapital, LiquidHome, Deutsche Teilkaufling und Engel & Völkers.

Der vollständige **Verkauf mit der Einräumung eines Wohnrechts und Rückmietung oder Einräumung eines sogenannten Nießbrauchsrechtes** stellen Alternativen dar. Beide Modelle ähneln den Verrentungsmodellen, da bereits am Vertragsanfang der Verkauf und damit der Eigentümerwechsel eintreten. Sie unterscheiden sich jedoch durch die Form der Auszahlung. Hier erfolgt im Gegensatz zu den monatlichen Zahlungen der Verrentungsmodelle eine Einmalzahlung. Im Fall des Wohnrechts mit Rückvermietung unterliegt man grundsätzlich dem klassischen

Mietrecht, kann aber zum Beispiel die Eigenbedarfskündigung ausschließen. Beim sogenannten Nießbrauchsrecht handelt es sich um ein Nutzungsrecht, welches aber weitergehend als das Wohnrecht ist, da man die vollen Nutzungsrechte wie ein Eigentümer bis zum Lebensende behält, also auch auszuziehen und dann selbst zu vermieten. Der Wert des Nießbrauchsrechts wird jedoch ermittelt und vom Verkaufspreis abgezogen. Der Auszahlungsbetrag ist daher entsprechend geringer. Angebote kann man zum Beispiel über die HausPlusRente, Lebensabend-Immobilie oder manche Makler erhalten.

Der „klassische“ Verkauf hat hingegen zur Folge, dass man aus den gewohnten vier Wänden ausziehen und eine neue Bleibe suchen muss. Gerade bei sehr großen Objekten, die kaum noch selbst sinnvoll genutzt oder bewirtschaftet werden können, oder wenn man fernab von Einkaufsmöglichkeiten, Ärzten, Freunden oder Verwandten wohnt, kann dies eine sinnvolle Möglichkeit sein. Dann ist abzuwägen, ob man zur Miete wohnt oder erneut Eigentum erwirbt. Letztere Variante kann jedoch bei ei-

nem Umzug in eine Großstadt schnell teurer werden als der Betrag, den der Verkauf eingebracht hat. Die beiden großen Vorteile sind jedoch, dass dieser Weg deutlich kostengünstiger ist und man auf komplizierte Vertragskonstrukte verzichten kann.

Ebenso kommt das „klassische“ **Darlehen** in Betracht, das über eine Grundschuld an der Immobilie besichert wird. Zeitweilig berichteten Verbraucher, dass ihnen die Auskunft erteilt wurde, man dürfe aus gesetzlichen Gründen keine Kredite mehr an ältere Personen vergeben. Eine solche gesetzliche Regelung besteht nicht. Jede Bank bzw. Sparkasse entscheidet grundsätzlich selbst, an wen sie zu welchen Bedingungen einen Kredit ausreicht. Entscheidend dabei ist die gesamte finanzielle Situation. Man sollte daher bei mehreren Banken und Sparkassen anfragen, da die verschiedenen Institute die Kreditvergabe an Rentner unterschiedlich handhaben.

*In der nächsten Ausgabe des Senioren-Kurier (2/2022) wird es im 2. Teil um Beispielrechnungen und einen Vergleich in Zahlen gehen.*

## Unterstützung dank Pflegereform

### Die Pflegestützpunkte informieren zu finanziellen Entlastungsmöglichkeiten

Unter dem ehemaligen Gesundheitsminister Jens Spahn wurde die kleine Pflegereform zum 1. Januar 2022 auf den Weg gebracht. Doch was genau verbirgt sich hinter den neuen Regelungen? Profitieren Sie persönlich von dieser Reform? Die Pflegestützpunkte haben die wichtigsten Fakten für Sie zusammengefasst:

Die steigenden Kosten für einen Pflegeheimplatz belasten zusehends die Pflegebedürftigen und deren Familien. Um die Betroffenen zu entlasten, wurde ein Zuschuss der Pflegekas-

sen zum pflegebedingten Eigenanteil für pflegebedürftige Menschen in vollstationären Pflegeeinrichtungen ab Pflegegrad 2 beschlossen. Sie erhalten mit zunehmender Dauer



des Heimaufenthaltes steigende Zuschüsse, konkret in Höhe von 5 Prozent im ersten Jahr, 25 Prozent im zweiten Jahr, 45 Prozent im dritten Jahr und 70 Prozent ab dem vierten

Jahr. Dies betrifft ausschließlich den pflegebedingten Eigenanteil des Bewohners. Die Kosten für die Unterbringung, Verpflegung, Investitionskosten und sonstige Leistungen sind hier nicht eingeschlossen.

Auch in der häuslichen Pflege kann seit dem 1. Januar 2022 mit mehr Leistungen gerechnet werden. Konkret bedeutet dies: Die Pflegeversicherungen zahlen den ambulanten Pflegediensten 5 Prozent mehr finanzielle Mittel für ihre Leistungen.

*Fortsetzung auf Seite 24*

Fortsetzung von Seite 23

Sie können mit dem Pflegedienst Leistungen bis zu 724 Euro im Pflegegrad 2, 1363 Euro im Pflegegrad 3, 1693 Euro im Pflegegrad 4 und 2005 Euro im Pflegegrad 5 vertraglich vereinbaren.

Weiter sind die Leistungen für die Kurzzeitpflege um 10 Prozent angestiegen. Das bedeutet, dass die bisher bezahlten 1.612 Euro auf 1.774 Euro pro Kalenderjahr angehoben wurden. Nutzen können Sie die Kurzzeitpflege ab Pflegegrad 2 und längstens 8 Wochen pro Jahr.

Ein wichtiges Ziel der Pflegereform war die Anhebung der Löhne in der Altenpflege. Mit welchen Ergebnissen können unsere Pflegekräfte jetzt

rechnen? Ab dem 1. September 2022 sollen Pflegekassen Versorgungsverträge nur noch mit solchen Pflegeeinrichtungen abschließen, die ihren Pflege- und Betreuungskräften eine Entlohnung zahlen, die in Tarifverträgen oder kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen vereinbart sind. Damit sind die Einrichtungen der Altenpflege verpflichtet, ihre Beschäftigten nach Tarif zu bezahlen.

Aufgrund der Pflegereform wurde allerdings auch eine Beitragserhöhung der Pflegeversicherung beschlossen. Für Kinderlose ab dem vollendeten 23. Lebensjahr stieg der Beitragszuschlag in der gesetzlichen Pflegeversicherung von 0,25 Prozent des Bruttogehalts um 0,1 Punkte auf 0,35 Prozent. Damit ergibt sich für Beitrags-

zahlende ohne Kinder ab 2022 ein Pflegeversicherungsbeitrag in Höhe von 3,4 Prozent. Der Beitrag für Versicherte mit Kindern wurde nicht erhöht.

Die 19 Pflegestützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern beraten Sie gern kostenfrei, kompetent und unabhängig zu den Änderungen, aber auch zu den sonstigen Leistungen der Pflegeversicherung.

*Nehmen Sie Kontakt zu Ihrem Pflegestützpunkt in Ihrer Nähe auf:  
[www.pflegestuetzpunktemv.de](http://www.pflegestuetzpunktemv.de)*

*Britta Stöckel  
Sozialberaterin Pflegestützpunkt  
Waren (Müritz)*

## Dazu der Standpunkt der BIVA – Pflegereform unzureichend

Anfang des Jahres ist mit dem Leistungszuschuss für Pflegeheimbewohner ein weiterer Teil der Pflegereform in Kraft getreten. Allerdings bringt dieser Zuschuss aus Sicht des BIVA-Pflegeschatzbundes am Ende kaum Entlastung für die Pflegebedürftigen. „Aufgrund steigender Personal- und Lebenshaltungskosten wird dieser Leistungszuschuss gar nicht zu Buche schlagen, so dass künftig noch mehr Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner zu Sozialhilfeempfängern werden“, kritisiert Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender der Verbraucherschutzorganisation. „Das finanzielle Risiko muss für die Betroffenen kalkulierbar sein. Dies geht nur, wenn die Eigenanteile fest gedeckelt sind. Wir fordern von Gesundheitsminister Karl Lauterbach eine echte Pflegereform.“

Der BIVA-Pflegeschatzbund fordert seit langem eine Umkehr des finanziellen Risikos von den Versicherten auf die Versicherung im Sinne eines sogenannten Sockel-Spitze-Tausches.

Demnach sollte der Betroffene einen fixen Beitrag leisten und das darüber hinausgehende Risiko von der Pflegeversicherung getragen werden – wie bei einer echten Kaskoversicherung. „Das Pflegereformchen der alten Bundesregierung war eine große Enttäuschung für alle Betroffenen.“

Der neue Bundesgesundheitsminister hat jetzt die Chance, die Probleme richtig anzupacken. Weitere kleine „Pflasterchen“ werden uns mittelfristig nicht helfen“, so Stegger.

## Ernährung im Alter

Kostenloses Online-Seminar am 7. April 2022

Die Vernetzungsstelle Seniorenernährung bietet für den 7. April 2022 von 9 bis 14 Uhr das kostenlose Online-Seminar „Anders als gedacht? – Essen und Trinken im Alter“ an. Es richtet sich an pflegende Angehörige, Alltags- und Seniorenbegleiter\*innen sowie interessierte Laien, die ihre Er-

nährungskompetenzen stärken und die Verpflegungs- und Lebensqualität der betroffenen Senior\*innen optimieren wollen.

Behandelt werden Veränderungen durch den Alterungsprozess, der Nährstoffbedarf im Alter, Ernährungskreis und -pyramide und die Umsetzung

im Alltag, Essen und Genuss. Referentin ist Ursula Dany, Qualifizierte Diät- und Ernährungsberaterin VFED/VDD, Coach und Supervisorin Hs Fulda.

*Weitere Informationen und Anmeldung:  
[www.dgevesen-mv.de](http://www.dgevesen-mv.de)*

# Aufbaukurse für Nachbarschaftshelfer

Danke an das Ehrenamt für 2 Jahre engagierte Nachbarschaftshilfe

Seit Inkrafttreten der Unterstützungsangebote-Landesverordnung im September 2019 erbringen weit über 1.000 Nachbarschaftshelfer in Mecklenburg-Vorpommern niedrigschwellige Unterstützungsleistungen zur Entlastung pflegender Angehöriger im Alltag.

Ehrenamtlich engagierte Nachbarschaftshelfer entlasten nicht nur Pflegepersonen. Sie helfen auch Pflegebedürftigen, möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung zu bleiben, soziale Kontakte aufrechtzuerhalten und den Alltag weiterhin möglichst selbstständig zu bewältigen.

Ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe kann mit dem Entlastungsbetrag nach § 45b Sozialgesetzbuch (SGB) XI für Pflegebedürftige ab dem Pflegegrad 1 abgerechnet werden. Zu den Anerkennungs Voraussetzungen beraten alle Pflegestützpunkte im Land. Sie sind Servicestelle, Ansprechpartner und Unterstützer für ehrenamtlich tätige Nachbarschaftshelfer.

Eine Anerkennungs Voraussetzung für ehrenamtlich engagierte Nachbarschaftshelfer ist das Absolvieren eines Grundkurses auf der Grundlage eines zwischen den Pflegekassen abgestimmten und vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport anerkannten Curriculums.

Mit der anschließenden Registrierung bei den Landesverbänden der Pflegekassen Mecklenburg-Vorpommern und dem Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. verpflichten sich Nachbarschaftshelfer, die Voraussetzungen für die Anerkennung gemäß der Unterstützungsangebote-Landesverordnung M-V einzuhalten. Sie erklären sich auch bereit, ohne besondere Aufforderung der Pflegekasse vor Ablauf von zwei Jahren an einem anerkannten Aufbaukurs teilzunehmen und dies gegenüber den Verbänden der Pflegekassen nachzuweisen. Sowohl der Grundkurs als auch der Auf-



*Teilnehmer des 1. Stammtisches ehrenamtlich engagierter Nachbarschaftshelfer des Pflegestützpunktes Greifswald/ 2020*

baukurs sind Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Angebote zur Unterstützung im Alltag im Rahmen der ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfe.

Ehrenamtliche Nachbarschaftshelfer können ihren Aufbaukurs aus einer zwischen den Landesverbänden der Pflegekassen und dem Sozialministerium abgestimmten und anerkannten Liste von Angeboten wählen. Eine Beratung zu den Angeboten sowie Unterstützung bei der Inanspruchnahme von Kursangeboten erhalten Nachbarschaftshelfer durch die Pflegestützpunkte.

Diese bieten bei Interesse und Bedarf im Rahmen der Aufbaukurse auch eigene Stammtische für Nachbarschaftshelfer in ihrer Region an. Am 11. Oktober 2019 fand der erste Grundkurs für Nachbarschaftshelfer in Greifswald statt. Zwei Jahre danach organisierte der Pflegestützpunkt Greifswald für seine Nachbarschaftshelfer den ersten Stammtisch als anerkannten Aufbaukurs. Im Mittelpunkt stand der Austausch über zwei Jahre Erfahrungen in der Nachbarschaftshilfe. Nicht nur Wünsche, sondern auch hilfreiche Verbesserungsvorschläge für dieses Ehrenamt wurden von den Nachbarschaftshelfern an ihren Pflegestützpunkt herangetragen. Die Beraterinnen werden diese in die Evaluation des Angebots ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe in

zwei Jahren einfließen lassen. Pflegestützpunkte als Servicestellen bieten damit allen Beteiligten die Möglichkeit, dieses Angebot aktiv mitzugestalten.

Ein weiterer Schwerpunkt des Stammtisches in Greifswald war die Wissensvermittlung und der Erfahrungsaustausch rund um das Thema Demenz. Die Nationale Demenzstrategie ist seit Sommer 2020 Bundesaufgabe. Sie soll die Bürger des Landes im Umgang mit Menschen mit Demenz sensibilisieren. Pflegestützpunkte tragen für die Umsetzung dieser Aufgabe Mitverantwortung. Daher stellten die Berater das Thema Demenz und die Ehrenamtskarte in den Mittelpunkt ihrer Wissensvermittlung an diesem Tag. Wichtig war den Beratern auch aufzuzeigen, dass die frühzeitige Inanspruchnahme einer professionellen Beratung Entlastung für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige bringen kann.

Die Nachbarschaftshelfer wurden in den vergangenen zwei Jahren vor einige Herausforderungen gestellt. Tipps, wie sich eigene Interessen, persönliche Zeiteinteilung und die eigene psychische Belastbarkeit mit der Ausübung des Ehrenamtes und dem Wunsch nach „Unterstützung und Hilfe schenken“ miteinander vereinbaren lassen, wurden rege ausgetauscht und disku-

*Fortsetzung auf Seite 26*

Fortsetzung von Seite 25

tiert. Viele Fragen im Umgang mit Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen im Rahmen des Ehrenamtes wurden individuell beantwortet und gaben zusätzlich Sicherheit.

Anregungen der Nachbarschaftshelfer für Themen der Aufbaukurse sind gefragt: So stießen bei den Nachbarschaftshelfern die digitalen und technischen Unterstützungssysteme auf ein besonderes Interesse. Dies war Anregung für den Pflegestützpunkt, für einen der nächsten Stammtische die Besichtigung der Greifswalder Musterwohnung des Vereins Initiative Leben und Wohnen im Alter (ILWiA e.V.) im Landkreis Vorpommern-Greifswald zu planen. Gefragt, welche Wünsche ihre Nachbarschaftshelfer für die Zukunft in Bezug auf ihr Ehrenamt haben, stand an erster Stelle, dass sie ihr Ehrenamt ohne die Einschränkungen der

Corona-Pandemie ausüben können. Persönliche Nähe ohne Abstand, ohne das Tragen einer Maske und der Angst vor einer gegenseitigen Ansteckung sind für dieses Ehrenamt, sind für Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und Nachbarschaftshelfer wichtig.

Die Pflegestützpunkte in Vorpommern-Greifswald bieten an ihren drei Standorten Anklam, Pasewalk und Greifswald Stammtische als Aufbaukurse für alle interessierten Nachbarschaftshelfer an. Als Servicepunkte für Nachbarschaftshelfer schaffen sie damit eine Plattform für den Erfahrung- und Wissensaustausch. Dieses alternative Angebot zum Aufbaukurs ist freiwillig, wird aber bereits jetzt schon von einem Großteil der Nachbarschaftshelfer dankbar angenommen. Die meisten Nachbarschaftshelfer, die vor zwei Jahren ihr Ehrenamt begonnen haben, betreuen heute einen Pflegebedürftigen, manche sogar zwei. In-

teressierte Nachbarschaftshelfer ohne pflegebedürftigen Nachbarn erhalten auf Wunsch Unterstützung bei der Vermittlung durch die Pflegestützpunkte. Die Berater des Pflegestützpunktes Greifswald haben von Ihren ehrenamtlich tätigen Nachbarschaftshelfern viel positives Feedback für ihre Beratung, Begleitung und Unterstützung – nicht nur als Servicestelle für ehrenamtlich engagierte Nachbarschaftshilfe, sondern auch als Beratungsstelle für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige erfahren. Nutzen auch Sie die Beratungs- und Unterstützungsangebote der Pflegestützpunkte für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige oder bei Interesse an ehrenamtlich engagierter Nachbarschaftshilfe.

*Nehmen Sie Kontakt zu Ihrem Pflegestützpunkt in Ihrer Nähe auf: [www.pflegestuetzpunktmev.de](http://www.pflegestuetzpunktmev.de)*

## Herausforderung Inkontinenz

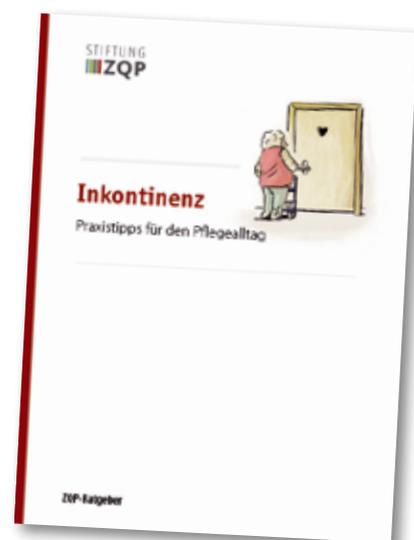
### Hilfe für pflegende Angehörige

Inkontinenz ist ein schambesetztes, häufiges Thema auch bei Pflegebedürftigkeit und dabei eine bedeutsame gesundheitliche Einschränkung. Der ZQP-Ratgeber „Inkontinenz“ unterstützt pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen im Umgang mit dem Thema und in der Pflege.

Der Ratgeber ist übersichtlich gestaltet und die Informationen sind einfach und verständlich erläutert. Das 24-seitige Heft umfasst zum einen Basiswissen zu Inkontinenz, wie Ursachen, Folgeprobleme und Therapiemöglichkeiten. Den Hauptteil aber bilden konkrete Tipps, die den Alltag mit Inkontinenz erleichtern und die Kontinenz fördern können, z.B. für die Ernährung, den Umgang mit Hilfs- und Pflegemitteln und Anregungen für Anpassungen in der Wohnung. Denn bereits kleine Veränderungen wie Haltegriffe neben der Toilette oder barrierefreie Laufwege er-

leichtern den Weg zur Toilette und tragen zur Vermeidung von Stürzen bei. Große Symbole, Bilder oder Schriftzüge auf der entsprechenden Tür helfen Menschen mit Demenz, das WC besser zu finden. Auch trägt ein farbiger Toilettensitz, der sich deutlich von der Umgebung abhebt, zur besseren Zielfindung bei. Nützlich ist Kleidung, die sich leicht und schnell ausziehen lässt. Angehörige erhalten außerdem Hinweise, was bei der Hautreinigung und -pflege im Zusammenhang mit Inkontinenz zu beachten ist, um Hautprobleme zu vermeiden.

Alle Informationen im Heft basieren auf aktuellem Fachwissen und wurden vom ZQP in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Andreas Wiedemann, Chefarzt der Klinik für Urologie des evangelischen Krankenhauses Witten und Professor für Geriatrie an der Universität Witten/Herdecke, erarbeitet.



*Der Kurzatgeber ist werbefrei und kann unentgeltlich über die Webseite des ZQP bestellt und/oder als PDF-Datei heruntergeladen werden:*

[www.zqp.de/inkontinenz-pflege/](http://www.zqp.de/inkontinenz-pflege/)



## Dr. Regina Görner neue Vorsitzende der BAGSO

Franz Müntefering nach sechs Jahren verabschiedet

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – hat eine neue Vorsitzende. Die Gewerkschafterin und frühere saarländische Ministerin Dr. Regina Görner wurde von der Mitgliederversammlung der BAGSO für die nächsten drei Jahre an die Spitze des Dachverbands gewählt. Sie löst Franz Müntefering ab, der die BAGSO sechs Jahre lang als Vorsitzender geführt hat. Der frühere SPD-Politiker und Bundesminister hatte nicht erneut für den Vorstand kandidiert.

Regina Görner dankte Franz Müntefering auf der Mitgliederversammlung und würdigte seine Verdienste. Müntefering habe unermüdlich auf das Recht und die Verantwortung der Älteren hingewiesen, sich einzumischen und mitzugestalten. Der Geschäftsführer der BAGSO, Guido Klumpp, hob hervor, dass Müntefering die BAGSO für zentrale gesellschaftspolitische Themen wie Klimaschutz und Erhalt der Demokratie geöffnet und damit die Verantwortung der Älteren für die nachfolgenden Generationen sichtbar gemacht habe.

Mit Regina Görner folgt eine erfahrene Sozial- und Gesundheitspolitikerin im Vorsitz der BAGSO. Görner war von 1999 bis 2004 Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales im Saarland. Sie war 10 Jahre

lang geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und später in gleicher Funktion bei der IG Metall. Von 2000 bis 2016 gehörte sie dem Bundesvorstand der CDU an. Regina Görner engagiert sich seit 2015 im Vorstand der BAGSO. 2018 wurde sie zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD) an. Als Beisitzerinnen und Beisitzer wurden Katrin Markus (Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen), Hermann Allroggen (Arbeiterwohlfahrt Bundesverband), Sebastian Wegner (Volkssolidarität Bundesverband) und Margit Hankewitz (Sozialwerk Berlin) gewählt.



*Dr. Regina Görner*

Zusammen mit Dr. Heidrun Mollenkopf leitete sie die Fachkommission Digitalisierung.

Neben Regina Görner, die auf Vorschlag des DGB gewählt wurde, gehören dem neuen geschäftsführenden Vorstand Michael Griffig (Kolpingwerk) und Jens-Peter Kruse (Evangelische

Die Mitgliederversammlung dankte auch den weiteren scheidenden Mitgliedern des Vorstandes.

Rudolf Herweck engagierte sich seit 2007 für die BAGSO, seit 2014 gehörte er dem Vorstand an. Irmtraut Pütter war seit 2009 kooptiertes Vorstandsmitglied. ■

**Schön ist eigentlich alles, was man mit Liebe betrachtet.  
Je mehr jemand die Welt liebt, desto schöner wird er sie finden.**

*Christian Morgenstern (1871–1914) deutscher Dichter, Schriftsteller und Übersetzer*

# Strandkörbe, Telefonnetzwerke und aktive Heimbeiräte

## Pflegeeinrichtungen für Engagement während Corona ausgezeichnet

Auch in Krisensituationen wie der Corona-Pandemie sind Beteiligung und soziales Leben in Pflegeeinrichtungen möglich. Das zeigen die Preisträger des GERAS-Preises 2021 der BAGSO.

Ausgezeichnet wurden Pflegeeinrichtungen in Dorum im Landkreis Cuxhaven, in Sundern im Sauerland und in Braunschweig. Nach Ansicht der Jury haben sie die Bewohnerschaft in der Corona-Pandemie in vorbildlicher Weise an essentiellen Entscheidungen beteiligt und im Rahmen des Möglichen auf Selbstbestimmung und Teilhabe gesetzt. Damit wirkten sie der weitgehenden Isolation entgegen, der Bewohnerinnen und Bewohner in vielen Einrichtungen über Wochen und Monate ausgesetzt waren.

Das DRK-Pflegeheim Dorum beeindruckte die Jury mit einer Vielzahl an Aktivitäten, darunter dem Aufstellen von Strandkörben und Holzhütten für sichere Besuche, der Gestal-

tung eines Gruppenraums und der Organisation einer Veranstaltungsreihe. Vorausgegangen waren individuelle Gespräche mit Bewohnerinnen und Bewohnern über ihre Wünsche und Bedürfnisse. Auch die Angehörigen wurden einbezogen und zeitnah über Entscheidungen informiert. Die Jury hob den Mut, die Kreativität und die Standhaftigkeit der Einrichtungsleitung gegenüber Ämtern hervor.

Das Haus Bethanien in Braunschweig überzeugte die Jury vor allem mit der Einrichtung eines heimeigenen Radios und eines Telefonnetzwerks zur Prävention von Einsamkeit. Hygiene-, Besuchs- und Testkonzepte wurden mit dem Bewohnerbeirat abgestimmt.

An den monatlichen Beiratstreffen nahmen die Leitungskräfte aller Fachbereiche teil. Die Beiratsvorsitzende und die Heimleitung tauschten sich zudem wöchentlich über Wünsche und Anregungen der Bewohnerschaft aus.

Auch das Pflegezentrum Sundern der Alloheim Residenzen wurde für seine Bemühungen geehrt, den Bewohnerinnen und Bewohnern trotz Corona-Einschränkungen soziales Miteinander, Bewegung und Entspannung zu ermöglichen, z.B. durch einen gemeinsam gestalteten Therapieraum. Die Corona-Schutzmaßnahmen wurden ausführlich in den Sitzungen des Heimbeirats besprochen mit dem Ziel, dass sie von den Bewohnerinnen und Bewohnern mitgetragen und akzeptiert werden.

Mit dem GERAS-Preis würdigt die BAGSO seit 2016 Menschen und Initiativen, die in vorbildlicher Weise dazu beitragen, dass das Leben von Menschen im Alten- und Pflegeheim lebenswerter wird. Der Preis ist mit insgesamt 5.000 Euro dotiert. Stifterin des GERAS-Preises ist die im Jahr 2019 verstorbene Dr. Trude-Lotte Steinberg-Krupp, die sich über viele Jahrzehnte für die Rechte von Bewohnerinnen und Bewohnern von Pflegeheimen eingesetzt hat. ■

## Entscheidungshilfen der BAGSO

### „Betreutes Wohnen“ und „Das richtige Pflege- und Seniorenheim“ aktualisiert

Die Entscheidung für den Einzug in eine stationäre Wohnform im Alter will gut vorbereitet sein. Zwei Veröffentlichungen der BAGSO bieten dazu Orientierung und konkrete Hilfestellung. Neben grundsätzlichen Informationen enthalten die beiden Publikationen „Betreutes Wohnen“ und „Das richtige Senioren- und Pflegeheim“ detaillierte Checklisten, die bei der Recherche und beim Besuch der ausgewählten Einrichtungen hilfreich sind.

Anhand eines Fragenkatalogs lassen sich Schritt für Schritt Qualität und

Leistungen verschiedener Anbieter bewerten und vergleichen.

In den Blick genommen werden unter anderem die Lage und das Umfeld, die Wohnung bzw. der Wohnbereich, die Atmosphäre im Haus und die angebotenen Leistungen.

Über ein Punktesystem kann ein Gesamtergebnis ermittelt werden. Die Checklisten können helfen, eine fundierte Entscheidung für eine passende Einrichtung zu treffen. Die Checklisten wurden in Kooperation mit

dem BIVA-Pflegeschatzbund – Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen – erarbeitet. Sie wurden mit finanzieller Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aktualisiert und neu aufgelegt.

Beide Checklisten können heruntergeladen und digital ausgefüllt oder als Druckexemplare – auch in größerer Stückzahl – kostenfrei bei der BAGSO bestellt werden: [www.bagso.de/publikationen](http://www.bagso.de/publikationen).



## LANDKREIS ROSTOCK

### Märchenzeit im Pflegeheim am Rosengarten

Das Diakonie-Pflegeheim am Rosengarten ist mit dem

Projekt „Es war einmal ... MÄRCHEN UND DEMENZ“, gefördert durch die AOK, gestartet.

Auch die Diakonie-Pflegeheime in Warin und Röbel haben damit schon positive Erfahrungen gemacht. Zur Zielgruppe der Märchenzeit gehören insbesondere Menschen mit demenziellen Veränderungen, ggf. mit Verhaltensauffälligkeiten und Senioren, die über andere Angebote der Betreuung nicht mehr erreicht werden können. Das Projekt wird über einen Zeitraum von 8 Wochen begleitet.

Zum Teil über Video-Konferenzen erhält das Pflegeheim-Personal Materialien zum Thema Märchen. Dieses dient dazu, aus dem Märchenbuch vorzulesen, oder gemeinsam Hörspiel-CDs anzuhören oder Filme auf DVD zu zeigen. Dazu erhält das zwei- bis dreiköpfige Märchen-Team aus dem Betreuungsbereich des Pflegeheims Materialien wie Memory-Spiele, Ausmal-Vorlagen oder Märchen auf einem USB-Stick, um sie auf dem Rechner oder Fernseher zu zeigen. „Unsere Bewohner freuen sich sehr über das abwechslungsreiche



Betreuerinnen Sandra Pinnow und Christine Schröder lernen die Märchen-Präsentation online.

Foto: ???

Programm und auch die Mitarbeiter haben Spaß daran“, erklärt Einrichtungsleiterin Hanka Semler, die das ganze Projekt mit ins Rollen gebracht hat.

Die Betreuerinnen Sandra Pinnow und Christine Schröder werden als Multiplikatoren vor Ort in 16 Stunden Weiterbildung geschult. „Wir lernen unter anderem, wann Atempausen zu machen sind beim Vorlesen und wann eine veränderte Betonung erfolgen sollte“, erzählt Sandra Pinnow.

Sie erhalten auch Requisiten, so dass die Märchenstunde zu einem Höhepunkt werden kann. „Mit einem Glöckchen wird die Märchenstunde eingeläutet.

Das Umfeld ist entsprechend vorbereitet, Ruhe kehrt ein und unsere Senioren warten gespannt auf das, was kommt“, berichtet Christine Schröder. Als „Märchentante“ trägt sie einen zauberhaften Umhang und beginnt klassischerweise mit „Es war einmal ...“.



## LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

### Verärgerung über gestiegene Preise der Volkshochschule

Die Lust an der Bewegung lässt sie derzeit noch tanzen. Doch spätestens beim Blick ins Portemonnaie müssen sich auch die fittesten Teilnehmer wenigstens einmal kurz setzen. Grund sind die gestiegenen Kursgebühren an der Kreisvolkshochschule Ludwigslust-Parchim, die auch die Besucher des Kurses „Erlebnis Tanzen – Tanzen für jedermann“ empfindlich treffen. „Vorher haben wir 2,30 Euro

für eine Unterrichtseinheit von 45 Minuten bezahlt“, erzählt Petra Kamilli, Kursteilnehmerin in Hagenow. Nach der Erhöhung der Kursgebühren, die im Juni vom Kreistag mehrheitlich beschlossen wurde, seien es nun 6,15 Euro pro Unterrichtseinheit. „Das hört sich erstmal harmlos an, aber man muss es mal auf die Dauer des Kurses hochrechnen“, meint Petra Kamilli. Für den Hagenower

Tanzkurs im Herbst, mit Terminen von Ende August bis Anfang Dezember, werden nun rund 172 Euro fällig. Nach der alten Gebührenordnung wären es um die 65 Euro gewesen. „Viele sind schon seit Jahren dabei. Die Preise für den Kurs richten sich nach der Anzahl der Unterrichtseinheiten.

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

Im Herbst sind es weniger als im Frühjahr. Daher rechnen wir damit, dass viele Teilnehmer zum Frühjahrskurs aussteigen. Das kann nicht im Sinne der Volkshochschule sein.“

Auch die Mitglieder des gleichnamigen Kurses in Ludwigslust haben Sorge, dass sie bald nicht mehr tanzen können. „Einige Mitglieder haben sich verabschiedet, weil sie es sich nicht mehr leisten können“, berichtet Kursteilnehmerin Helga Stolle. Besonders ärgerlich sei, dass die Erhöhung in diesem Fall fast ausnahmslos Senioren trifft.

„Das ist hier eigentlich ein Rentner-Kurs, schon wegen der Tageszeit, zu der er angeboten wird“, sagt Gudrun Kann, ebenfalls Teilnehmerin in Ludwigslust. Im Grunde überlegt nun fast jeder auszutreten.“ Dabei seien die Volkshochschulen einmal gegründet worden, um ein Bildungsangebot für jedermann zu ermöglichen. „Dieser Anspruch hat sich mit der Gebührenerhöhung erledigt.“

Um ihrer Sorge und Verärgerung Gehör zu verschaffen, hatten sich die Teilnehmer von drei Tanzkursen der Kreisvolkshochschule zuletzt zusammengeschlossen und einen Brief

an den Landrat, die Kreistagsfraktionen und die Bildungseinrichtung geschrieben. Darin heißt es unter anderem, dass die Gebührenerhöhung nicht gerechtfertigt sei. Daneben wird eine Staffelung der Gebühren gefordert, wie andere Einrichtungen sie anbieten würden. Die Volkshochschule ‚Ehm Welk‘ in Schwerin unterscheidet zwischen Gebühren für Erwachsene, Kinder und Studenten/Rentner und erhebt für Rentner einen Satz von 2,50 Euro pro Unterrichtsstunde. Eine solche Staffelung wäre für uns diskutabel“, schreibt Petra Karnilli.

Geantwortet hat den Rentnern bisher nur der Landkreis, konkret Heike Scholz, als zuständige Beigeordnete: „Die Rahmenbedingungen der Arbeit der Volkshochschule haben sich im Laufe der Jahre geändert, insbesondere Honorare und Raummieten sind gestiegen.“ Zudem möchte sie darauf hinweisen, dass allen Kursteilnehmenden, die einen Ermäßigungstatbestand erfüllen, eine Ermäßigung um 50 Prozent gewährt wird. Diesen „Tatbestand“ erfüllen nach Ansicht des Kreises aber offensichtlich nur Schüler, Studenten und Empfänger von Sozialleistungen. Rentner nicht. „Wir vermissen

die Bürgernähe und die Nähe zu uns Rentnern“, sagt dazu Margit Ludwig, Leiterin des Tanzkurses in Hagenow. „Wir müssen betrachten, dass die Renten in der Region nicht so hoch sind.“ Das Argument, die Gebühren erhöhen zu müssen, da die Honorare für die Kursleiter gestiegen seien, kann sie nicht nachvollziehen. „Ja, wir werden nach Honorar bezahlt, aber die Honorarordnung hat sich mit dem Beschluss nicht geändert.“ Von 2005 bis 2020 habe sich ihr Honorar lediglich um einen Euro erhöht.

Daneben überlegt Brunhild Klocke, die derzeit einen Tanzleiterkurs absolviert, ob sie diesen überhaupt beenden soll. „Das kostet alles Geld und es lohnt sich nicht mehr, wenn die Leute jetzt aufgrund der gestiegenen Gebühren aufhören.“ Dabei bräuchten einige Senioren das Angebot, um unter Leute zu kommen. Sie seien auf soziale Kontakte aus den Kursen angewiesen. Und davon abgesehen, wären sich ohnehin alle Teilnehmer einig: „Tanzen ist gut für die Seele.“

*Nachdruck eines Artikels  
von Robert Lehmann aus der SVZ  
v. 4.11.2021 mit freundlicher  
Genehmigung des Verlages*

## Vom Senioren- zum Erlebnis-Tanz

Unter diesem Motto fand am 13.11.2021 die Jubiläumsveranstaltung des AK Erlebnis-Tanz im Störkrug in Plate statt. Vor 25 Jahren – im Jahr 1996 – hatten sich interessierte Laientänzer getroffen und unter der Leitung von Inge von Zahn den Arbeitskreis „Senioren-Tanz“ Schwerin gegründet.

Bereits in den 1970er Jahren gab es Gründungen von Tanzkreisen im Norden Deutschlands, zum Beispiel 1977 in Bremen einen Arbeitskreis „Senioren-Tanz im Sitzen“. Für die Tänzerinnen des Arbeitskreises Schwerin folgten viele fröhliche Feiern sowie Ausflüge nach Dänemark, Tanzfeste, Auf-

tritte bei der Bundesgartenschau in Schwerin und Flashmob im Schlosspark-Center.

Im Jahr 2001 wurde Ingrid Nielsen zur Tanzleiterin in Schwerin ausgebildet. Sie baute in den folgenden Jahren in Schwerin und in der Gemeinde Plate verschiedene Tanzkreise auf. Tänzerinnen der Tanzgruppe Plate erhielten in den Jahren 2013 bis 2015 das Tanzsportabzeichen in Gold. Frau Nielsen erhielt für ihr unermüdliches Engagement und die Nachwuchsschulung weiterer Tanz-Leiterinnen und Leiter eine Auszeichnung auf der 25 Jahr-Feier in Plate.

Ab diesem Jahr heißt der Arbeitskreis nicht mehr Senioren-Tanz, sondern Erlebnis-Tanz. Bei der Jubiläumsveranstaltung waren Mitglieder aus den verschiedenen Tanzgruppen des Arbeitskreises vertreten, Frauen und Männer aus allen Generationen. Beim gemeinsamen Tanzen zeigten sie einen Querschnitt ihres Könnens über Walzer, Polka, Tango und Radetzky-Marsch. Bei diesen Aufführungen war wahre Begeisterung und pure Lebensfreude zu spüren.

Das Gefühl, das ich als Gast bei dieser Veranstaltung erleben durfte, war für mich sehr überwältigend. Angesteckt und voller Elan beteiligte ich mich eben-



Konzentration der Tänzer auf Rhythmus und erste Schritte.

falls tänzerisch bei den Runden. Leider erkannte ich schnell, was alle anderen mir voraus hatten: das Einhalten und Umsetzen von schnellen Schrittfolgen sowie die musikalische und geistige Koordination. Mein Fazit: Jeder Anwesende hat sich sportlich und geistig sehr bewegt, alle waren glücklich und eine pure Lebensfreude war deutlich zu spüren. Falls Sie jetzt auch Interesse und Lust am Arbeitskreis „Erlebnis-Tanz“ haben, können Sie sich gerne bei Ingrid Nielsen (E-Mail: i.nielsen@aol) melden.

*Doris Schmid  
„seniorTrainer“ Erfahrungswissen für  
Initiativen, Vorstandsmitglied  
des Kreissenorenbeirates  
Landkreis Ludwigslust-Parchim*

## LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG



Landkreis  
Nordwestmecklenburg  
wo die Seele lächelt...

### Startschuss für den Seniorenbeirat

Klein Trebbow ist eine Gemeinde im Landkreis Nordwestmecklenburg mit 1.119 Einwohnern, von denen 260 über 65 Jahre alt sind. Und es werden mehr: 2030 werden es voraussichtlich 390 Personen sein, wenn die statistischen Werte des Landesamtes sich bewahrheiten. Dieser Personenkreis verfügt über wertvolle Lebenserfahrungen und die ehemaligen beruflichen Kompetenzen stellen für das Gemeinwesen einen Schatz dar, den zu heben eine große Bereicherung darstellt.

Mithin war es naheliegend, diese Zielgruppe zu einer Bürgerversammlung einzuladen. Die Vorsitzende des Kreissenorenbeirates Karin Lechner war in der Versammlung zugegen und berichtete über mögliche Aufgabenstellungen eines Seniorenbeirates und motivierte die Anwesenden für die Ü-65-Jährigen im Ort aktiv zu werden.

Aus der Mitte der Anwesenden waren fünf Damen und Herren bereit, sich durch die Gemeindevertretung für den Seniorenbeirat berufen zu lassen.

Die Gemeindevertretung verabschiedete in der anschließenden Sitzung eine Satzung, die Grundlage der Arbeit des Seniorenbeirates werden sollte und berief die vorgeschlagenen Damen und Herren.

Nunmehr hat die konstituierende Sitzung des Seniorenbeirates stattgefunden und ein umfangreicher Aktionsplan wurde entworfen, um die Zielvorhaben für die älteren Bürger\*innen anzugehen.

Es gilt, das Leben in der Gemeinde schöner, interessanter und erfüllter zu gestalten. Z.B. werden Kurse angeboten, um der älteren Generation den Umgang mit und die Nutzung von Smartphone und Computer zu vermitteln. Ferner sollen Vorträge

über Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, altersgemäße Ernährung und Körperfitness organisiert werden. Auch gesellige Zusammenkünfte stehen im Aktionsprogramm.

Zudem soll die kommunalpolitische Entwicklung der Gemeinde begleitet werden, sei es bei der Gestaltung der Parkanlage oder bei der Beratung der Flächennutzungsplanung, ob Flächen ausgewiesen werden, damit seniorengerechtes Wohnen am Ort ermöglicht werden kann.

Insgesamt geht es darum, ein attraktives Lebensumfeld und Rahmenbedingungen zu erhalten und zu schaffen, damit die Personengruppe der über 65-Jährigen ein gutes Leben in Selbstbestimmung, Individualität und Lebensfreude führen kann.

*Joachim Albrecht  
Mitglied der Gemeindevertretung,  
Mitglied im Kreissenorenbeirat*

## Aktivitäten des Seniorenbeirats der Stadt Gadebusch

Wir lassen uns die Arbeit nicht verbieten. Unter Beachtung der geltenden Regeln sind wir aktiv. So stellte der Vorstand am 18.01.2022 dem Bürgermeister den Arbeitsplan des Seniorenbeirates für das 1. Halbjahr 2022 vor. Damit werfen große Ereignisse ihre Schatten voraus.

Schon zum Ende des Jahres 2021 begannen wir in einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Bürgermeisters mit der Umsetzung der Inhalte der Empfehlung des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung. Die nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität unserer Senioren in der

Stadt liegt uns allen sehr am Herzen. Ehrenamtlich und in mühsamer Kleinarbeit erfassten wir entsprechend der Konzeption den Ist-Zustand. Dank einer finanziellen Unterstützung durch die Ehrenamtsstiftung in Güstrow sind einige sächliche Kosten zu erstatten. Eine weitere finanzielle Unterstützung ermöglicht es uns, eine erste Maßnahme zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umzusetzen. Ein weiteres umfangreiches Projekt ist die Vorbereitung und Durchführung des obligatorischen Seniorentages. Mit Unterstützung von Bürgern und Schülern der Stadt werden wir

uns auf eine Zeitreise begeben. 2025 wird Gadebusch 800 Jahre alt. Die Stadt gehört zu den ältesten in MV. Wir möchten mit Jung und Alt einen Blick in historische Abschnitte unserer Geschichte werfen. Da auch die Zeit der Hexenverfolgung in unserer Stadt ein Kapitel einnimmt, ist eine Tagesfahrt mit unseren Senioren zur Burg Penzlin in Vorbereitung. Die Fortsetzung digitaler Angebote und die Sturzprävention stehen ebenso auf dem Plan. Alle laufenden Projekte werden fortgeführt.

*Elli Brusich*

*Seniorenbeirat der Stadt Gadebusch*

## LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

### 4. Sitzung des Senioren- und Behindertenbeirates der Stadt Torgelow

Am 4.10.2021 fand die 4. Sitzung des Senioren- und Behindertenbeirates der Stadt Torgelow statt. Der Vorsitzende, Michael Blaha, leitete die Sitzung. Als Gäste nahmen die Bürgermeisterin Kerstin Pukallus, die Stadtpräsidentin Heike Runge, Peter Fels vom Familienbündnis UER, Juliane Patzwahl, Allgemeinmedizinerin und Mitglied der Geschäftsleitung der HaffNet GbR, Andreas Meinhold, Geschäftsführer der HaffNet Management GmbH; und Hannes Peter, Leiter Bereich Pflege der Volkssolidarität UER e.V., teil.

Als Thema stand u.a. die „Gesundheitliche, ärztliche und pflegerische Versorgung von Menschen in Torgelow – heute und in den nächsten 10 Jahren“ auf dem Programm.

Herr Meinhold stellte sich, die HaffNet GbR und die HaffNet Management GmbH vor. Schwerpunkt ist die intensive Zusammenarbeit von niedergelassenen Hausärzten, u.a. auch mit dem Krankenhaus in Ueckermünde. Zum jetzigen Zeitpunkt kann eingeschätzt werden, dass in der Region Ueckermünde, Eggesin und Torgelow die medizinische Versorgung gut aufgestellt ist. Der



*Mitglieder und Gäste des Senioren- und Behindertenbeirates der Stadt Torgelow.*

Blick in die Zukunft ist allerdings nicht so positiv, da durch die hohe Lebenserwartung die Anzahl der Älteren in den nächsten Jahren weiter steigt. Bei einer Reduzierung der Anzahl der Ärzte kann dies zu Unterversorgung führen. Dem wollen die GbR und GmbH durch frühzeitige Bindung von Medizinstudenten entgegenwirken.

Als weiteres Thema ging es um die Vernetzung der Ärzte mit den Pflegeeinrichtungen. Frau Patzwahl wies darauf hin, dass man da in der Region bereits auf einem guten Weg sei. Auch die Vernetzung der ambulanten Pflegeeinrichtungen ist dringend erforderlich und entwickelt sich positiv, ergänzte Herr Fels. Noch ist die „Angehörigenpflege“ der größte Pflegedienst.

Frau Nitzke ergänzte, dass die bestehenden Lücken in der Pflege komprimiert werden müssen. Leider werden die alternativen Möglichkeiten, wie Senioren-WGn finanziell nicht gefördert. Damit sind die Einrichtungen fast so teuer wie eine stationäre Betreuung. Dies können die meisten Bedürftigen aber nicht bezahlen. Die Gewinnung geeigneten Personals ist sehr aufwändig.

Frau Runge fragte u.a., ob es eine genaue Übersicht zu praktizierenden Ärzten in der Region gibt und wie die konkrete Struktur bei den Fachärzten ist. Frau Patzwahl erläuterte, dass die Überweisung von Hausärzten zu Fachärzten bei akuten Fällen sehr schnell geht. Beantragt ein Patient selbst einen Termin beim Facharzt,

kann eine Wartezeit von einem dreiviertel Jahr bis zum Termin vergehen. Die Anzahl aller Fachärzte ist erfasst. Für einige Bereiche vollzieht sich der Übergang zur Telemedizin. Ein Beispiel ist das mobile MRT bei der AMEOS-Klinik. Die Digitalisierung kann und muss immer stärker genutzt werden.

Herr Peter informierte, dass der Überblick zu den Fachärzten im Pflegenaavigator der AOK vorhanden ist. Frau Nitzke ergänzte, dass auch ein Gesundheitsnavigator für die Region eingerichtet wird. Insgesamt gibt es über die Sozialplanung des Landkreises einen guten Überblick für die Region. Dieser ist auf der Homepage des Landkreises VG einsehbar.

Herr Peter machte den Vorschlag für die Einrichtung eines Pflegestammtisches in der Stadt Torgelow zu unterschiedlichen Problemen.

Das Thema Mehrgenerationsunterkünfte bzw. Mehrgenerationenwoh-

nen (Wohnen von Mietern verschiedenen Alters) in Mietshäusern wurde diskutiert. Rechtliche Hürden dafür sind sehr hoch und deshalb sind solche Projekte fast nicht umsetzbar. Die Nachbarschaftshilfe über das Ehrenamt hat sich durch Corona nicht weiterentwickelt. Frau Nitzke informierte, dass die Schulungen dafür weiterhin von den Einrichtungen durchgeführt werden.

Herr Nietzschmann beantragte für die Straße „Am Ueckerbogen“ eine Verkehrsberuhigte Zone einzurichten. Der Beschluss des Beirates wird nun dem Bauausschuss der Stadtvertretung zur weiteren Bearbeitung vorgelegt.

Herr Kasper stellte den Antrag, an der Ampelanlage „Bahnhofstraße/Kreuzung Breite Straße, Höhe Kirche“ das Intervall für die Grünphase für die Fußgänger zu verlängern. Frau Pukallus informierte, dass diese Ampelanlage dem Land M-V gehört. Die Verwaltung (Ordnungsamt) wird den Antrag des Beirates bearbeiten

und dem Straßenbauamt (SBA Neustrelitz) zur Entscheidung zuleiten.

Frau Pukallus informierte weiterhin, dass Bänke im Gewerbegebiet Büdnerland aufgestellt werden. Dies war eine Anregung aus dem Beirat, um so – auf der Wegstrecke zwischen dem Wohngebiet Spechtberg und den Märkten – Sitzgelegenheiten anzubieten. Im Bereich des Wohngebietes Drögeheide wurden schon vor längerer Zeit drei Bänke aufgestellt. Damit besteht vorerst kein weiterer Bedarf.

Die Aufteilung nach Wohngebieten/Ortsteilen in Verantwortlichkeit des Senioren- und Behindertenbeirates der Stadt Torgelow wurde beschlossen. Diese wird im Amtsblatt des Amtes Torgelow-Ferdinandshof veröffentlicht zur Information der Bürger, um Ansprechpartner für Sorgen und Nöte zu haben.

*Uwe Nietzschmann*

*Mitglied des Senioren- und Behindertenbeirates der Stadt Torgelow*

## Seniorenbeirat besichtigt neues Greifswalder Stadtarchiv

Am 10.11.2021 besuchte der Seniorenbeirat Greifswald das Stadtarchiv in Greifswald. In zwei Gruppen führten uns Frau Neitzel und Herr Kiel sehr informativ und sachkundig durch das Haus. Das Greifswalder Archiv ist aus dem alten Ratsarchiv hervorgegangen, wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts erstmalig systematisch geordnet und ist 1954 als eigenständige Stelle der Stadtverwaltung neu eingerichtet worden. Es beherbergt als öffentliche wissenschaftliche Einrichtung alle archiwwürdigen Unterlagen der Stadtverwaltung. Es hat die Aufgabe, diese durch die notwendigen konservatorischen und restauratorischen Maßnahmen zu erhalten und der interessierten Öffentlichkeit zur Nutzung zur Verfügung zu stellen. Es stellt somit eine wichtige Quelle für die Forschung über die über 750-jährige Geschichte der Universitäts- und Hansestadt dar. Der Seniorenbeirat konnte sich davon überzeugen, dass das Stadtarchiv ei-



*Das Stadtarchiv befindet sich seit 2021 in dem neuen, architektonisch markanten Gebäude An den Wurthen. Foto: Anita Weiß*

ne schier unüberschaubare Menge an Unterlagen enthält aus allen Bereichen der Stadtgeschichte und der Tätigkeit der Verwaltung. Dazu gehören sämtliche zu archivierenden Unterlagen der Stadt, aber auch solche aus den Bereichen Kultur, Sport, Innungen, Vereine, Stiftungen sowie Notari-

ats- und Testamentsakten, dazu Foto-, Bilder- und Postkartensammlungen, Filme, Videos, Münzen, Medaillen, Banknoten, Briefmarken, Plakatsammlungen und vieles mehr; also nicht nur amtliche Unterlagen, sondern zum Teil auch Kirchenbücher, Militärstammrollen, Zeitungsbestände usw.

Das Archiv steht auch allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen für Familien- und Grundstücksforschung sowie für sonstige Zwecke, natürlich nach vorheriger Anmeldung. Einige Mitglieder des Seniorenbeirates zeigten hier großes Interesse, bei passender Gelegenheit eigenen Forschungszielen nachzugehen.

Insgesamt hat der Seniorenbeirat einen sehr interessanten Einblick in die umfassende Tätigkeit des Stadtarchivs gewinnen können und bedankt sich für die Möglichkeit des Besuches.

*Anita Weiß*

*Vorsitzende des Seniorenbeirates Greifswald*

## Video über Gespräch zwischen SPD und Seniorenbeirat

Am Donnerstag, 03.02.2022, fand ein Gespräch statt zwischen dem SPD-Abgeordneten in der Greifswalder Bürgerschaft, Ibrahim Al Najjar, und der Vorstandsvorsitzenden des Greifswalder Seniorenbeirates, Anita Weiß, die vom Vorstandsmitglied Henry Spradau, begleitet wurde.

Herr Al Najjar führte durch das Gespräch und stellte eine Reihe von Fragen zur Wahl und Zusammensetzung des Seniorenbeirates sowie zu dessen Tätigkeit. Die Vorstandsmitglieder bekamen Gelegenheit, die Interessenvertretung für die ältere Generation darzustellen und die Aufgaben des Beirats



*Gesprächs-Setting mit (v.l.n.r.) Henry Spradau, Anita Weiß und Ibrahim Al Najjar.*

*Foto: Mitschnitt*

im Einzelnen zu erläutern. So wies Frau Weiß insbesondere auf die Stellungnahmen des Beirats zu baulichen Maß-

nahmen hin, wie Sanierung des Theaters und Umgestaltung der Straße An den Wurthen. Sie berichtete auch von der überregionalen und internationalen Zusammenarbeit (Osnabrück, Neubrandenburg, Stralsund – Goleniow). Da der Filmbeitrag nur ca. 10 Minuten lang ist, blieben viele Themen jedoch unberührt. Die Gesprächspartner verabredeten, den Austausch und die Zusammenarbeit fortzusetzen.

Das Video kann unter folgendem Link aufgerufen werden:

<https://fb.watch/a-QqKrPcRH>

*Henry Spradau*

*Vorstandsmitglied SB Greifswald*

## LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

### Kostenloses Seniorenticket 70+ in Erprobung

In einer Presseinformation der Hansestadt Stralsund heißt es: Als erste Kommune in Mecklenburg-Vorpommern und als eine von wenigen in Deutschland hat die Hansestadt Stralsund ein kostenfreies Seniorenticket eingeführt. Seit zweieinhalb Monaten (1. September 2021) können alle Stralsunderinnen und Stralsunder, die ihren 70. Geburtstag bereits gefeiert haben, das Ticket 70+ in Anspruch nehmen. Den Antrag erhalten sie automatisch. Inzwischen nutzen mehr als 8.500 Seniorinnen und Senioren das Angebot – Tendenz steigend. „Mit dem Ticket stärken wir nicht nur den Busverkehr als umweltfreundliches Verkehrsmittel, sondern danken auch all jenen, die ihr Leben lang dafür Sorge getragen haben, dass es uns heute so gut geht. Darum freue ich mich, dass die Bürgerschaft unserem Vorschlag gefolgt ist und unsere älteren Stralsunderinnen und Stralsunder jederzeit kostenfrei an jeden Ort unserer Hansestadt fahren können“, so Oberbürgermeister Alexander Badrow. Zur Finanzierung des zunächst einjährigen Pilotprojekts überweist Stralsund bis zu 2 Millionen Euro an den für den

Nahverkehr zuständigen Landkreis.

Begeisterung aus der Bevölkerung: Die einen sagen, dass man mit dem Seniorenticket als Rentner in der Stadt kein Auto mehr braucht. Die anderen, dass sie sich jetzt viel mobiler fühlen. Die 80-jährige Barbara Littmann aus dem Stadtteil Knieper West schreibt in einem Brief an den Oberbürgermeister:

„Das Seniorenticket ist für mich aufgrund meiner geringen Rente sehr wichtig und außerdem umweltfreundlich zugleich. Ich bin sehr dankbar dafür.“ Mit Blick in die Zukunft meint Oberbürgermeister Alexander Badrow: „Der Erfolg ist für mich Ansporn, das Projekt im Sommer 2022 fortzusetzen. Und wer weiß, vielleicht schaffen wir es zusammen mit der Bürgerschaft und mit finanzieller Unterstützung sogar, dass bald alle Stralsunderinnen und Stralsunder kostenfrei Bus fahren können.“ Wir freuen uns für die älteren Stralsunder Seniorinnen und Senioren über diese Lösung – sie ist ein sozialer Beitrag bei niedrigen Renten und umwelt-

freundlich, wenn weniger Autos durch Stralsund fahren. Nach einem Jahr wird das Ergebnis ausgewertet und es folgt möglicherweise eine Fortsetzung. Um eine große Nutzung des Senioren-Tickets zu erreichen, ist aber auch das Netz der Busverbindungen optimal zu gestalten.

In einem Gespräch mit dem Landrat Dr. Stefan Kerth wurde auch über

dieses Ticket für den Landkreis gesprochen. Dabei machte der Landrat auf die vorrangige Notwendigkeit solider umfassender Verbindungen des Personennahverkehrs aufmerksam – was nutzt ein Seniorenticket, wenn man z.B. von seinem Wohnort mit dem Bus nicht innerhalb eines Tages zum Arzt und zurück gelangen kann. In jedem Falle ist aber der Ausbau des Personennahverkehrs – ggf. im Verbund in M-V – durch bessere Anbindungen und niedrige Fahrpreise bzw. sogar kostenlose Fahrten auch der gemeinsame Wunsch aller Seniorinnen und Senioren.

*Dr. Georg Weckbach, Stellv.*

*Vorsitzender SB Vorpommern-Rügen*



# Wahrgenommene Pandemie-Auswirkungen

**Hochaltrige Menschen leiden unter Beschränkungen, empfinden aber höhere gesellschaftliche Wertschätzung**

Hochaltrige Menschen über 80 Jahren erleben die durch die Corona-Pandemie bedingten Veränderungen zumeist als Belastung – aber machen auch positive Erfahrungen. So haben viele ältere Frauen und Männer Angst oder fühlen sich hilflos. Es gibt aber auch diejenigen, die in der Pandemie aktiv durch individuelle Bewältigungsmechanismen ihr Wohlbefinden aufrechterhalten. Das ist eines der Ergebnisse der vom Bundesministerium geförderten Studie „Hohes Alter in Deutschland“ (D80+). Der nun vorliegende erste Bericht „Wahrgenommene Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Lebenssituation älterer Menschen“ der Studie zeigt, dass die Erfahrungen Hochbetagter sehr unterschiedlich sind. Während manche Ältere zu Corona-Zeiten weniger soziale Unterstützung erhalten, bekommen andere mehr Hilfe als sonst. Die Kontaktbeschränkungen wurden überwiegend als Belastung wahrgenommen. Daneben gibt es aber auch positive Veränderungen, beispielsweise in der wahrgenommenen gesellschaftlichen Wertschätzung.

Immer mehr Menschen erreichen in Deutschland ein sehr hohes Alter, aktuell sind es 5,9 Millionen Menschen über 80 Jahren. Dennoch ist über die Lebensqualität der Hochaltrigen wenig bekannt. Insbesondere in Zei-

ten von Covid-19 ist es notwendig, ein aktuelles Bild der Lebensqualität hochaltriger Menschen zu erhalten. Der erste Bericht des D80+-Projektes beschreibt die von sehr alten Menschen selbst wahrgenommenen Veränderungen während der Pandemie. Er basiert auf Angaben von mehr als 10.000 zufällig ausgewählten Personen im Alter von 80 Jahren oder älter im gesamten Bundesgebiet, die zwischen November 2020 und April 2021 befragt wurden.

Die wichtigsten Ergebnisse des Berichts im Überblick:

- Insgesamt 5 Prozent der Über-80-Jährigen berichten von einer eigenen Corona-Erkrankung. Insbesondere Frauen, Personen in älteren Altersgruppen und Heimbewohnerinnen und -bewohner sind häufiger erkrankt als andere.
- Abstandsregelungen und Kontaktbeschränkungen sind das wichtigste Thema. Sozialen Kontakten und Zusammenhalt kommt immer größere Bedeutung zu. Erfreulich ist: Das Vertrauen in die eigene Nachbarschaft ist für einen erheblichen Teil der sehr alten Menschen in der Pandemie noch gestiegen.
- Die meisten hochaltrigen Menschen geben an, dass sich ihre Lebenssituation in wichtigen Lebensbereichen durch die Pandemie nur wenig verändert hat.

- Lange Lebenserfahrung und biographische Ereignisse wie Kriegs- und Nachkriegszeit helfen Hochbetagten, Erkrankungen und Einschränkungen zu bewältigen.

Viele sehr alte Menschen konnten von der pandemiebedingten Ausweitung digitaler Angebote nicht profitieren. Nur ein Viertel der hochaltrigen Menschen, die online sind, berichten über Veränderungen in der eigenen Nutzung des Internets durch die Corona-Pandemie.

Die Studie „Hohes Alter in Deutschland“ (D80+) wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und vom Cologne Center for Ethics, Rights, Economics, and Social Sciences of Health (ceres) sowie dem Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) durchgeführt.

Bis Herbst 2022 sollen neun weitere Kurzberichte folgen, die die Themen soziale Ungleichheit und Einkommensungleichheit, Digitale Teilhabe, Gesundheits- und Krankheitserleben, Versorgung von Menschen mit Demenz, Einsamkeit, Soziale Unterstützung, Wohnumfeld und Alltagskompetenz, Präferenzen und Wünsche, sowie Zufriedenheit und Wohlbefinden in den Blick nehmen.

*Die Berichte und weitere Informationen finden sich unter <https://ceres.uni-koeln.de/forschung/d80>*

## Qualität in Pflegeheimen

**Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt: M-V informiert transparent**

Die Bundesländer sorgen in sehr unterschiedlichem Maße für Verbraucherinformation und Qualitätstransparenz in der Pflege. Wie aus einer umfassenden Bestandsaufnahme des Projekts „Weisse Liste“ der Bertelsmann Stiftung hervorgeht, erfahren

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in zehn von 16 Ländern nichts darüber, ob in einem Heim zum Beispiel Personal fehlt oder schwerwiegende Mängel zu beanstanden sind. Genauso wenig lässt sich andererseits nachvollziehen, welche Einrich-

tungen gut aufgestellt sind. Dabei liegen solche Informationen allen Bundesländern vor, weil sie Teil der Prüfergebnisse der für die Heimaufsicht zuständigen Behörden sind.

*Fortsetzung auf Seite 36*

Fortsetzung von Seite 35

Der Mangel an Transparenz entsteht entweder dadurch, dass eine entsprechende landesrechtliche Regelung gar nicht existiert, oder dass vorhandene Gesetze nicht in die Praxis umgesetzt werden.

So ist in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen eine Veröffentlichung der Prüfergebnisse gesetzlich gar nicht vorgesehen. In Bayern, Brandenburg, Bremen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein gibt es zwar Gesetze, die eine Veröffentlichung erlauben, doch aus unterschiedlichen Gründen finden sie bisher keine Anwendung. In Baden-Württemberg und Hessen müssen die Prüfergebnisse zumindest durch die Pflegeheime selbst veröffentlicht werden. Allerdings sind die Daten momentan nur in den Einrichtungen direkt einsehbar und damit für Verbraucher\*innen eingeschränkt zugänglich.

Lediglich Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen veröffentlichen die Ergebnisse so, dass sie allgemein verfügbar sind. Besonders positiv fällt Hamburg auf. Die Hansestadt stellt im Internet weitere detaillierte Angaben bereit, unter anderem zum Personaleinsatz in den Pflegeheimen und zu vorü-

bergehenden Aufnahmestopps, und informiert zusätzlich über die Ergebnisse einer Angehörigenbefragung. Durch die Corona-Pandemie wurden allerdings in allen Bundesländern die Vor-Ort-Einsätze der Aufsichtsbehörden monatelang unterbrochen, weshalb Datenlücken entstanden sind.

Um die Situation zu verbessern, empfiehlt die Weisse Liste, dass alle Bundesländer die für die Pflegequalität relevanten Daten, die den Aufsichtsbehörden vorliegen, zentral im Internet veröffentlichen. „Die Länder müssen dafür jeweils geeignete und hinreichend konkrete gesetzliche Vorgaben schaffen – und diese dann auch in die Tat umsetzen“, erklärt Johannes Strotbek, Projektmanager bei der Weissen Liste. Ergänzend sollte eine Open-Data-Regelung eingeführt werden, wie es sie etwa bereits in Bezug auf die Qualität von Krankenhäusern sowie zu den Daten des PflegeTÜV auf Bundesebene gibt. Denn die Daten zur Pflegequalität ließen sich besser verbreiten und nutzen, indem Verbraucher\*innen, Informationsportale, Beratungsstellen und Versorgungsforschung frei darauf zugreifen können.

Verena Bentele, Präsidentin des VdK, wies darauf hin, dass Pflegebedürftige keine Rückerstattungen erhielten, wenn in der Einrichtung weit we-

niger Pflegekräfte als ausgehandelt im Dienst gewesen seien. „Kein Bauherr“, so Bentele, „würde einer Baufirma Stunden zahlen, die gar nicht erbracht wurden, weil das Personal nicht auf der Baustelle war. Er würde sogar die Rechnung kürzen, wenn Hilfskräfte statt Facharbeiter eingesetzt wurden. Und in der Pflege? Da scheint sich keiner zu interessieren.“

M-Vs Gesundheitsministerin Stefanie Drese begrüßte das gute Ergebnis für MV. Gleichzeitig seien deutschlandweit größere Bemühungen für mehr Qualitätstransparenz wünschenswert. „Informationen, etwa über die pflegerischen Leistungen in den Einrichtungen und zur Fachkraft-Quote sind enorm wichtig für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Da viele Menschen über Ländergrenzen hinweg Plätze in Einrichtungen suchen, wäre es gut, wenn in allen Bundesländern transparent Qualitätsinformationen zur Verfügung gestellt würden“. Noch mehr Qualitätstransparenz wäre erreichbar, so der Vorsitzende des LandesseNIerenbeirats Bernd Rosenheinrich, wenn auch eine Bewertung durch die Heimbeiräte und die Angehörigen der zu Pflegenden einbezogen würden.

Infos zur Studie: [www.bertelsmannstiftung.de](http://www.bertelsmannstiftung.de) (Suchbegriff „pflegeheime“)

## Studie zu Gewaltschutzstrukturen

### Veröffentlichung zum Thema Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen

Menschen mit Behinderungen, insbesondere Frauen und Mädchen mit Behinderungen, sind einem besonders hohen Risiko ausgesetzt, Gewalt in verschiedenen Lebensbereichen zu erfahren. Gleichzeitig sind sie im Hinblick auf den Schutz vor Gewalt, vor allem, wenn sie in Einrichtungen leben und arbeiten, strukturell und rechtlich in einer besonders schwierigen Lage. Aus diesem Grund hat das Institut für empirische Soziologie im Auf-

trag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eine Studie zu Gewaltschutzstrukturen für Menschen mit Behinderungen in Deutschland durchgeführt.

Anhand von 52 Einzel- und neun Gruppeninterviews in Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie 22 Interviews mit Expertinnen und Experten wurde zunächst eine Ist-Situationsanalyse erstellt, die die juristischen und strukturellen Rahmenbe-

dingungen im Gewaltschutz systematisch darstellt, sowie die konkrete Situation in den Einrichtungen aus der Perspektive der Betroffenen und Handelnden beleuchtet. Daraus konnten Verbesserungsmöglichkeiten und zentral zu bearbeitende Handlungsfelder im Gewaltschutz sowie Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

Auch wenn die Studienergebnisse auf Fortschritte und Beispiele guter

Praxis im Gewaltschutz für Menschen mit Behinderungen in Wohnheimen und Werkstätten verweisen, wurden bestehende Problemfelder und Lücken identifiziert. Als Grund hierfür werden unter anderem der Personalmangel, das eingeschränkte Mitbestimmungsrecht der Bewohnerinnen und Bewohner, die marginale Kooperation und Vernetzung mit externen Unterstützungsstrukturen sowie die zum Teil schwache Position von

Selbstvertretungsstrukturen, wie der Frauenbeauftragten in den Werkstätten, benannt.

Die Studienergebnisse und Handlungsempfehlungen bilden erstmalig eine wissenschaftliche Grundlage für die Erstellung einer umfassenden und wirksamen Gewaltschutzstrategie. Die Bundesregierung wird unter Beteiligung der betroffenen staatlichen, gesellschaftlichen und privaten Akteurinnen und Akteure die

konkreten Handlungsempfehlungen und deren Umsetzung nun intensiv prüfen. Damit kommt die Bundesregierung ihren aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen resultierenden Verpflichtungen einen weiteren Schritt näher.

*Download des Forschungsberichts 584 unter [www.bmas.de](http://www.bmas.de) (Suche nach Stichwort „Gewaltschutz“)*

## Öffentlicher Personenverkehr

### Mobilitätseingeschränkte Personen als Zielgruppe ernst nehmen

Zum 3. Dezember 2021, dem Welttag der Menschen mit Behinderungen, appellierte der Deutsche Bahnkunden-Verband (DBV) an die neue Bundesregierung, die Herstellung der vollständigen Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mit der notwendigen finanziellen Förderung auszustatten.

Das Personenbeförderungsgesetz nennt in § 8 Absatz 3 Satz 3 den 1. Januar 2022 als Zieltermin, um die vollständige Barrierefreiheit zu erreichen. Seit über einem Jahr weisen der DBV und andere Fachverbände darauf hin, dass es nicht ausreiche, im Gesetz ein Datum zu nennen. Denn die Umsetzung – sowohl finanziell, baulich als

auch personell – sei überhaupt nicht geregelt! Hier würden seit Jahren Kommunen und Verkehrsunternehmen durch die Bundesregierung und die Bundesländer alleine gelassen.

In der Koalitionsvereinbarung ist zum Thema Inklusion (Seite 78) vereinbart: „Wir werden die Ausnahmemöglichkeiten des Personenbeförderungsgesetzes bis 2026 gänzlich abschaffen.“ Dieser eine Satz löse das grundsätzliche Problem nicht, er schiebe es nur in die Zukunft! Die nicht geschaffene Barrierefreiheit zum 1. Januar 2022 ist in der jetzigen Rechtslage nicht durch Betroffene einklagbar. Daran wird sich auch mit dem neuen Ziel 2026 nichts ändern. Was nach wie vor fehlt: Perso-

nal und Geld in den Kommunen, um die schrittweise Umrüstung und ggf. sogar den Neubau von Straßenbahn-, U-Bahn-, Bushaltestellen und Fahrzeugen zu beginnen. Wie der DBV im Sommer 2021 als Ergebnis einer eigenen Erhebung feststellte: in den Kommunen gibt es noch nicht einmal ein aktuelles Verzeichnis des barrierefreien Zustands aller Haltestellen im Nahverkehr!

Hinzu komme, dass der Bahn-Fernverkehr vom Personenbeförderungsgesetz gar nicht erfasst werde. Hier gäbe es überhaupt keinen Zieltermin für die Umsetzung der Barrierefreiheit. Aktuell bestelle die Deutsche Bahn AG weiterhin Züge, die nicht barrierefrei zu nutzen sind. ■

## Der ICE 3neo

### Wichtige Neuerungen, jedoch nicht bei der Barrierefreiheit

Im Juli 2020 hatte die Deutsche Bahn bei Siemens insgesamt 30 Triebzüge vom Typ ICE 3neo bestellt.

Der erste Zug wurde nun innerhalb von zwölf Monaten nach Vertragsabschluss und damit nach einer vergleichsweise kurzen Zeit fertiggestellt. Am 1. Februar 2022 erfolgte im ICE-Instandhaltungswerk Berlin-Rummelsburg die offizielle Vorstellung des Zuges. Im Rahmen dieser

Präsentation wurde bekanntgegeben, dass die Deutsche Bahn weitere 43 Züge des ICE 3neo in Auftrag gegeben hat. Alle 73 Triebzüge sollen bis 2029 ausgeliefert werden.

In dem für 320 km/h zugelassenen ICE 3neo (Baureihe 408) tragen verschiedene erfreuliche Neuerungen zweifellos zum verbesserten Service und Komfort bei. Dazu gehören u.a.

- mobilfunkdurchlässige Scheiben für einen stabilen Handy-Empfang;
- insgesamt acht Fahrradstellplätze im Zug (im Gegensatz zu den bisherigen ICE 3-Baureihen, die seinerzeit keine entsprechenden Stellplätze erhielten bzw. auch künftig nicht erhalten werden) und

*Fortsetzung auf Seite 38*

Fortsetzung von Seite 37

- neu gestaltete Gepäckregale mit mehr Stauraum.

Der Deutsche Bahnkunden-Verband e.V. (DBV) weist aber darauf hin, dass keine wesentlichen Verbesserungen mit dem ICE 3neo bezüglich der Barrierefreiheit erreicht worden sind. Reisende, die z.B. auf einen Rollstuhl angewiesen sind, können in den Zug nur mittels Hublift ein- bzw. aussteigen. Grundlegende Verbesserungen bezüglich der Barrierefreiheit im ICE-Netz können somit wiederum nur langfristig mit einem erst noch zu entwickelnden ICE 5 realisiert werden, denn die ICE-Züge haben eine Lebensdauer von mindestens 30 Jahren (was

im Sinne der Nachhaltigkeit zweifellos auch erfreulich ist). Im Fall des ICE 1, mit dem im Jahr 1991 in Deutschland die Ära des Hochgeschwindigkeitsverkehrs begann, wird durch verschiedene Technik- und Komfortmaßnahmen ein Weiterbetrieb nun sogar bis ins Jahr 2030 erreicht.

Die Situation bleibt damit unbefriedigend, denn: Mit dem von der Fa. Stadler gebauten EC250 „Giruno“ der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) existiert heute bereits ein Hochgeschwindigkeitszug, bei dem benannte Probleme im Sinne der Fahrgäste gelöst wurden. So verfügt benannter Triebzug der SBB über angepasste Niederflureinstiege sowohl für 550 mm, als auch für 760 mm hohe Bahnsteige.

Bequeme Einstiege kommen somit allen Fahrgästen zugute (z.B. auch Eltern mit ihrem Kinderwagen) und gewährleisten nicht zuletzt dadurch an Bahnsteigen auch einen problemlosen und zügigen Fahrgastwechsel! Vor der übereilten jüngsten Nachbestellung weiterer 43 ICE 3neo hätte durchaus die Chance bestanden, mit dem Ziel der grundlegend verbesserten Barrierefreiheit die notwendigen konstruktiven Verbesserungen (also ohne die Ersatzmaßnahme Hublift) zu entwickeln bzw. das notwendige Zulassungsverfahren zu durchlaufen – gerade vor dem Hintergrund eines Investitionsvolumens von stolzen 1,5 Mrd. Euro!

*Deutscher Bahnkunden-Verband e. V.*

## Offener Brief an die Bundesregierung

### Substanzielle Soforthilfen für die Ärmsten gefordert

Angesichts dauerhaft hoher Preiserhöhungsraten und pandemiebedingter Mehrausgaben appellieren Vertreter\*innen von 17 bundesweiten Organisationen, darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund, Wohlfahrts- und Sozialverbände wie der Paritätischen Gesamtverband und die Diakonie Deutschland und Kinderrechts- und Jugendorganisationen wie der Deutsche Kinderschutzbund und der Deutsche Bundesjugendring, in einem offenen Brief vom 15. Februar 2022 an die Ampel-Koalition, zügig gezielte und substanzielle Hilfen für die Ärmsten zu beschließen.

In dem Brief, den auch die Jusos und Grüne Jugend unterzeichnet haben, erinnern die Verfasser\*innen die Bundesregierung an ihr Versprechen eines Sofortzuschlags für von Armut betroffene Kinder im Koalitionsvertrag und weisen auf die ohnehin unzureichenden Regelsätze für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in den Systemen der Grundsicherung wie Hartz IV hin.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Inflation und finanziellen Belastungen durch die Pandemie verschärft sich „die Not von Menschen, die auf existenzsichernde Leistungen wie Hartz IV angewiesen sind“, heißt es in dem Brief. Daher sei es „allerhöchste Zeit, armutspolitisch gegenzusteuern“. „Mit großer Sorge“ nehme man wahr, „dass der im Koalitionsvertrag angekündigte Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder auf sich warten lässt und bisher keine Schritte unternommen wurden, um alle Beziehenden von Grundsicherungsleistungen zu unterstützen“. Es könne „nicht sein, dass ausgerechnet die Ärmsten wieder einmal auf der Strecke bleiben“.

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, erläutert zur Initiative für den Brief: „Wer Kinderarmut den Kampf ansagt und Soforthilfe verspricht, muss auch genau das liefern: Leistungen, die umgehend und wirklich substanzial helfen. Wir werden die-

se Bundesregierung auch und besonders daran messen, dass sie endlich armutspolitisch in die Offensive geht. Dazu gehört es zwingend, Geld in die Hand zu nehmen, um die Ärmsten in dieser Gesellschaft wirksam zu entlasten.“

Zum Hintergrund: Im Koalitionsvertrag der Ampel heißt es, dass bis zur tatsächlichen Einführung der Kindergrundsicherung von Armut betroffene Kinder, die Anspruch auf Leistungen gemäß SGB II, SGB XII oder Kinderzuschlag haben, mit einem Sofortzuschlag abgesichert werden sollen. Wirtschafts- und Energieminister Robert Habeck hatte zudem Anfang des Jahres Unterstützungszahlungen beim Wohngeld und Hartz IV angekündigt. Mit dem Kabinettsbeschluss eines Heizkostenzuschusses vom 2. Februar wurde diese Ankündigung für Beziehende von Wohngeld umgesetzt.

Weitere armutspolitische Maßnahmen wurden durch die Bundesregierung bisher nicht beschlossen. ■

# Paritätischer Teilhabebericht erschienen

## Behinderung ist immer größeres Armutsrisiko

Mit großer Sorge blickt der Paritätische Gesamtverband auf die Armutsentwicklung bei Menschen mit Behinderung.

Seit 2006 geht die Schere bei der Einkommensarmut zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen sichtbar auseinander. 2018 war jeder fünfte Mensch mit Behinderung von Einkommensarmut betroffen.

Die Armutsbetroffenheit von Menschen mit Behinderung hat sich damit deutlich erhöht, wie der jährliche Teilhabebericht des Paritätischen zu Menschen mit Behinderung belegt: Im Zeitraum von 2000 bis 2018 ist deren Armutsquote von 12,1 Prozent auf 19,6 Prozent gestiegen.

„Behinderungen werden immer mehr zum Armutsrisiko“, stellt Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen

Gesamtverbandes, fest. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass beeinträchtigte Menschen immer weiter abgehängt werden. Inklusion heißt, Barrieren zu beseitigen und soziale Ungleichheit entschieden zu bekämpfen“, so Rosenbrock weiter. Beunruhigend sei außerdem, dass sich der Trend seit Jahren abzeichnet und die Ungleichheit bei jüngeren Menschen zwischen 26 und 49 Jahren besonders hoch sei.

In den vergangenen Jahren habe es zahlreiche Versuche gegeben, die finanzielle Situation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

Diese sind nach Ansicht des Verbandes aber nicht ausreichend und orientierten sich zu wenig an den Wünschen der Menschen: „Das Hilfesystem muss sich an den Interessen

und Lebenslagen der Einzelnen orientieren, nicht umgekehrt“, so Rosenbrock.

Der Paritätische fordert deshalb, das Wunsch- und Wahlrecht konsequent umzusetzen, Eingliederungshilfen unabhängig von Einkommen und Vermögen zu gewährleisten und Arbeitslosen- und Rentenversicherungsleistungen armutsfest auszugestalten.

„Die in der Koalitionsvereinbarung angekündigten Verbesserungen für Erwerbsgeminderte sind ein wichtiger Schritt auf dem Weg dahin“, stellt Rosenbrock abschließend fest.

*Der Paritätische Teilhabeforschungsbericht erscheint mit Unterstützung der Aktion Mensch Stiftung jährlich am Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember.*

### IMPRESSUM

#### Herausgeber und

#### Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,  
Haus der Begegnung Schwerin,  
Perleberger Straße 22,  
19063 Schwerin,  
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,  
Fax: (0385) 5 55 89 61  
E-Mail: [lsb@landesseniorenbeirat-mv.de](mailto:lsb@landesseniorenbeirat-mv.de)  
[www.landesseniorenbeirat-mv.de](http://www.landesseniorenbeirat-mv.de)

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich  
Redaktion: Uwe Allwardt (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für  
Soziales, Gesundheit und Sport  
Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
15. Februar 2022; Redaktionsschluss  
für Nr. 2/2022: 15. Mai 2022

## Aussetzung der Impfpflicht

### Heftige Kritik vom Schutzbund für Pflegebetroffene

Die Corona-Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen ab dem 16. März 2022 wurde im Dezember beschlossen – und soll nun laut CDU/CSU aus Angst vor Personalengpässen ausgesetzt werden.

„Feige und unverantwortlich ist diese Ankündigung“, kritisiert Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschutzbundes.

„Statt der Drohung einer Minderheit von Pflegekräften nachzugeben, die wegen der Impfpflicht ihren Arbeitsplatz verlassen wollen, hätte die Politik Haltung für die Pflegebedürftigen zeigen müssen.“

Wie auch Gesundheitsminister Karl Lauterbach ist der BIVA-Pflegeschutzbund gegen eine Aussetzung der Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen. Opfer wären die pflegebedürftigen Menschen, weil

sie nicht auf die bestmögliche Weise vor dem Virus geschützt werden.

Und wie so oft würde die Politik damit denen folgen, die sich am lautesten zu Wort melden.

Die schwachen Stimmen der vielen Pflegebedürftigen blieben dagegen ungehört.

„Der Schutz der Menschen in Pflegeheimen wird für Wählerstimmen aus dem Lager von Impfskeptikern geopfert“, empört sich Stegger.

Damit missachte die Politik auch die Mehrheit der Pflegekräfte, die sich haben impfen lassen, um die ihnen anvertrauten Menschen vor Ansteckung möglichst gut zu schützen. „Das ist parteipolitisches Kalkül und das Gegenteil von solidarischer Verantwortung.“



**Informieren Sie sich.  
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege  
Kurzzeitpflege  
Verhinderungspflege  
Urlaubspflege  
Betreutes Wohnen  
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine  
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre  
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen im „Park-Shop“, bei einem  
Besuch im „Park-Café“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf  
den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet  
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens  
begleiten.



**Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin**

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

[www.wohnpark-zippendorf.de](http://www.wohnpark-zippendorf.de)